



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 06.07.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 17:00 Uhr bis 20:50 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Christian Feigl	Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Frau Dr. Wünscher
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	Sachkundiger Einwohner
Dr. Thomas Vetter	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Angelika Foerster	Leiterin Fachbereich Mobilität
Karsten Golnik	Leiterin Abteilung Stadtentwicklung/Freiraumplanung
Jens Otto	Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Kathrin Böger	Leiterin Team Förderung/ Bewilligung/ Haushalt
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Ann-Kristin Georg	Leiterin Team Städtebauliche Projektentwicklung
Ortrud Diemer	Stadtplanerin, Team Stadtentwicklung
Vanessa Gaebel	stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Jörg Schulze	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
--------------	---

Entschuldigt fehlten:

Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragen**

zu **Herr Glumpf zur Linienuntersuchung zum Ausbau des Gewerbegebietes**

Herr Feigl las die eingegangene Einwohnerfrage von Herrn Glumpf vor.

„Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchten wir Ihnen unsere Stellungnahme und Einwohnerfragen zum Tagesordnungspunkt 4.9 – „Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des Gewerbegebietes Ammendorf/Radewell“ der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 6. Juli 2021 übermitteln. Als Anwohner der Regensburger Straße / Ecke Bahnhofstraße sind wir von den geplanten Straßenausbaumaßnahmen direkt betroffen und sehen uns in zunehmendem Maße extremen Lärm- und Abgasemissionen ausgesetzt. Die südlich direkt an unserem Grundstück verlaufende Regensburger Straße hat sich in den letzten Jahren scheinbar zu einer Hauptverkehrsader entwickelt mit ständig zunehmendem LKW-Verkehr. Dieser wird definitiv und letztendlich ja zur Entlastung der Merseburger Straße auch gewollt, mit den geplanten Erschließungsmaßnahmen weiter zunehmen und in Abhängigkeit der neuen Verkehrsführung mehr oder weniger nah an unserem Grundstück vorbeigeführt. Schlussendlich bedeutet das für uns, dass wir zukünftig auf einer Verkehrsinsel leben, denn an unserer westlichen Grundstücksgrenze verläuft ja die vor etwas mehr als 10 Jahren massiv ausgebaute Bahnstrecke mit ihren stark frequentierten 4 Gleisen und einem beeindruckend monströsen Brückenbauwerk. Unser Grundstück unterliegt seit Jahren durchzunehmende Lärm- und Abgasemissionen einem stetigen Wertverlust und die Wohnqualität ist heute schon bis auf ein Minimum geschrumpft. Daher ergeben sich bezüglich der geplanten Straßenbaumaßnahmen für uns folgende Fragen.

1. Welche Maßnahmen zum Lärmschutz sind für die angrenzenden Grundstücke, insbesondere unseres Grundstücks, speziell bei Streckenführung gemäß Variante 3 geplant?
 2. Wie nah wird die Anbindung zur Regensburger Straße östlich an unserem Grundstück vorbeigeführt, fallen hier sämtliche Gehölze auf dem ehemaligen Kitagelände weg?
 3. Sind mögliche Entschädigungen für die direkt angrenzenden Grundstückseigentümer bezüglich des Wertverlusts ihres Grund und Bodens schon in Betracht gezogen worden?
- Bei allem Verständnis für die wirtschaftlichen Ziele die mit dem Ausbau und der Revitalisierung des Gewerbegebiets einhergehen, muss dem Schutz der betroffenen Anwohner vor spürbarer Einschränkung ihrer Lebensqualität durch die zunehmenden Lärm- und Schadstoffemissionen ein außerordentlich hoher Stellenwert bei der weiteren Planung eingeräumt werden.“

Herr Feigl merkte an, dass es sich hier um eine private Angelegenheit handelt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es bei der Beschlussvorlage darum geht, eine weitere Variante in der vertieften Prüfung zur finalen Linienbestimmung zu untersuchen und die Möglichkeit gegeben wird Fördermittel zu beantragen. Er sagte, dass die Familie persönlich betroffen ist und daher kein allgemeines Auskunftsrecht bekommen kann. Er bat ein persönliches Gespräch an und sicherte eine Einladung zu.

zu **Herr Thomas zur Stadtplanung und zum Gestaltungsbeirat**

Herr Feigl las die eingegangene Einwohnerfrage von Herrn Thomas vor.

„Wir wissen, dass Architektur und Stadtplanung ein geschlossener Kreis von Architekten, Stadtplanern, Baufirmen, Politikern, Architekturzeitschriften und Politikern und Stiftungen ist, die immer Preise an genau die Firmen vergeben, die sie auswählen. Die einzige Gruppe, die nicht beteiligt ist, ist die Öffentlichkeit oder die Nachbarn. Sicher, sie dürfen zu einer Sitzung gehen, wo es eine Vorstellung gibt...aber die Demokratie - wie Herr Rebenstorf sie in der

Stadtratssitzung aufzählte - endet dort. Wer hat den Landschaftsarchitekt für den Umbruch des Universitätsrings ausgewählt? Das war kein demokratischer Prozess. Nicht einmal der Stadtrat war daran beteiligt. Und der Prozess für das Projekt im Charlottenviertel? Ja, die Öffentlichkeit und die Stadträtinnen konnten die Präsentationen besuchen - aber sie hatten weder eine Wahl der Architekturbüros, noch der Leitlinien, noch wer der Gewinner des sogenannten Wettbewerbs war. In der SRS sagte Herr Rebenstorf, ich wolle, dass er den Leuten sagt, wo sie wohnen sollen. Aber ich habe solches gar nicht gesagt. Ich wollte wissen, ob die Stadträte und Stadträtinnen freiwillig einen Wohnungsumtausch unternehmen würden, Solidarität mit benachteiligten Familien in Neustadt zu zeigen. Und warum soll ein solcher Umtausch stattfinden? Da die meisten Stadträte und Stadträtinnen in den alten schönen Viertel wohnen. Und die Architekten, die auch in den alten Vierteln wohnen--und Stadtplaner haben kein Interesse solche schönen Viertel zu bauen.

Wie immer, hat Herr Rebenstorf die Idee von Schönheit relativiert. Der demokratische Legitimationsprozess für Architektur fand nach der Wende statt. Damals als Leute die Stadt verlassen haben, hatten Leute die Wahl nach Neustadt und Silberhöhe oder nach dem alten Vierteln umzuziehen. Sie haben mit ihren Füßen die alten Vierteln gewählt. Dort ist die Quelle von Gentrifizierung und Segregation. Was zu den Fachkollegen von Herrn Rebenstorf offenbar sein muss, ist dass, wenn alle Architektur und Viertel gleich schön wären—wie Herr Rebenstorf behauptet, hätten wir keine Gentrifizierung gehabt, da die Verteilung von leeren Wohnungen gleich überall sein wird. Man sollte den gleichen prozentuellen Leerstand im Giebichenstein als in Südpark oder Silberhöhe haben. Na klar. Wir wissen warum das nicht der Fall ist und warum Frau Müller einen Umtausch für eine benachteiligte Familie nicht unternehmen will. So, meine Frage ist: können wir den Gestaltungsbeirat bearbeiten, sodass Durchschnittsbürger Mitglieder sein könnten?

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Begriff Schönheit relativ ist. Er sagte, dass die Großwohnsiedlungen unter besonderen, historischen Umständen entstanden sind und heute versucht wird, diese Viertel soweit zu qualifizieren, dass diese vergleichbare, urbane Qualitäten aufweisen. Zum Thema Gestaltungsbeirat antwortete er, dass es nicht in seiner Entscheidung liegt, sondern der Stadtrat entscheidet, ob darüber hinaus weitere Mitglieder berufen werden können.

Herr Feigl äußerte, dass Fachgremien benötigt werden, die nicht demokratisch, sondern rein fachlich organisiert sind. Er las die Zusatzfrage von Herrn Thomas vor.

„Meine Zusatzfrage: Im Blick auf Herrn Rebenstorfs "demokratischen Legitimationsprozess", können wir beim Gestaltungsbeirat Fragen von Einwohnern während der Sitzung erlauben?“

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Frage umfänglich beantwortet wurde.

Herr Feigl las die zweite Zusatzfrage von Herrn Thomas vor.

Meine 2. Zusatzfrage: Im weiteren Blick auf Herrn Rebenstorfs "demokratischen Legitimationsprozess", können wir in den Sitzungen des Planungsausschusses Fragen von Mitglieder des Publikums zu einzelnen Projekten erlauben?“

Herr Rebenstorf antwortete, dass der demokratische Legitimationsprozess ein Wesen der repräsentativen Demokratie ist.

Herr Feigl beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Feigl informierte, Wortmeldungen per Handzeichen zu signalisieren, Geschäftsordnungsanträge über den Chat anzukündigen, wenn ein Stadtrat die Sitzung kurzzeitig verlässt, den Bildschirm anzulassen und das endgültige Verlassen der Sitzung zu signalisieren und die virtuelle Sitzung zu schließen.

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Feigl**, eröffnete die Sitzung und stellte anhand namentlicher Aufrufe der Mitglieder und akustischer Bestätigung des aufgerufenen Mitgliedes die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll auf Antrag der Afd-Fraktion zum Tagesordnungspunkt „Feststellung der Tagesordnung“

Herr Feigl

Wir kommen zur Tagesordnung. Von der Tagesordnung zu nehmen, wäre der Tagesordnung 4.10, die Änderungssatzung zur Gebührensatzung Stadtmuseum, dass ist in unseren Ausschuss glaube ich ein bisschen falsch. Wir sind da nicht zuständig und ich würde dann gleich den Geschäftsordnungsantrag stellen den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen. Ich frage sie, gibt es dazu Anmerkungen? Das sehe ich nicht, dann würde ich sie bitten mir zu signalisieren, ob wir den von der Tagesordnung nehmen. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, ich bin damit einverstanden.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreutzfeldt.

Frau Dr. Kreutzfeldt

Ja.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Ja.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Ja.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Ja.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Ja.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Ja.

Herr Feigl

Und ich stimme dem auch zu. Habe ich Herrn Eigendorf vergessen? Wie kann das passieren, Herr Eigendorf

Herr Eigendorf

Das frage ich mich auch Herr Vorsitzender, aber ich stimme trotzdem zu.

Herr Feigl

Wunderbar, dann haben wir das auch und dann hätte ich noch einen zweiten Tagesordnungspunkt, wo ich ein bisschen blättern muss. 5.2 auch bei Tagesordnungspunkt 5.2 würde ich die Nichtzuständigkeit dieses Ausschusses sehen. Es handelt sich hier um einen Antrag der Afd-Fraktion zur Errichtung eines Motoball-Trainingsgeländes. Ich denke, dass zwei Dinge hier berührt werden, von diesem Antrag. Das eine, das ist ein sportliches Thema. Das hat in den Sportausschuss was zu suchen, das andere wäre ein finanzielles, das passt in den Finanzausschuss. Wir als Planungsausschuss sind nach meiner Auffassung nicht zuständig und von daher stelle ich auch an dieser Stelle den Antrag auf Nichtzuständigkeit, auf Erklärung der Nichtzuständigkeit. Gibt es dazu Wortmeldungen ihrerseits? Herr Sehrndt bitte sehr, sie haben das Wort.

Herr Sehrndt

Ja der Antrag besteht ja aus zwei Teilen, da geht es einmal um das grundsätzliche Bekenntnis zu dieser Sportart und zum zweiten darum, dass das Land keine Fördermittel bereitstellt und die Frage steht, inwieweit im städtischen Haushalt durch Umschichtung oder freimachen anderer Mittel, dort eine Förderung weiter erfolgen kann. Es ist also nicht so ohne und ich denke, es gehört auch in diesen Ausschuss. Es ist ja ein grundsätzliches Problem, ob diese Sportart weiter in Halle unterstützt wird oder ob man das so links über die Schulter abrutschen lässt.

Herr Feigl

Gut, danke Herr Sehrndt. Ich lass den Geschäftsordnungsantrag jetzt abstimmen, auf Nichtzuständigkeit und frage wiederum, Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, ich bin dafür.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Über die Zuständigkeit lässt sich streiten, aber der ist als erledigt anzusehen aus meiner Sicht, also insofern stimme ich mit ja.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ja.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Über die Zuständigkeit lässt sich eigentlich nicht streiten. Aber als erledigt erkennen ich den auch. Also es lässt hier niemand irgendwas links über die Schulter liegen. Das Ding ist gefördert und es gibt auch ein Platz, aber wir sind hier Planungsausschuss...

Herr Feigl

Herr Schied, ja oder nein?

Herr Schied

Ja.

Herr Feigl

Ich würde doch bitten, dass wir bei der Abstimmung mit ja und nein antworten und keine Statements weiter abgeben. Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Nein.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Ja.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Ja.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Ja.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Ja.

Herr Feigl

Und ich stimme dem auch zu und damit ist der mehrheitlich von der Tagesordnung genommen und damit sind wir... gibt es von Ihrer Seite noch Anmerkung zur Tagesordnung. Ich weise noch die zwei ...

Herr Rebenstorf

Ganz kurz Herr Feigl, die zwei Änderungsanträge, die neu hinzugekommen sind zu 4.1... erwähnen zu mindestens.

Herr Feigl

Ja, erwähnen sollte man die. Wir haben also im Tagesordnungspunkt 4.1 haben wir mittlerweile drei Änderungsanträge und zwar einmal von der SPD-Fraktion, dann ein Änderungsantrag von Bündnis90/die Grünen und ein Änderungsantrag von der Fraktion Mitbürger/Die Partei, die wir dann unter 4.1.1, 4.1.2 und 4.1.3 behandeln werden.

Gibt es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung. Das sehe ich nicht, dann können wir die Tagesordnung, in der so geänderten Form abstimmen. Ich weise nochmal darauf hin, dass wir bei der Tagesordnung, den öffentlichen und den nicht - öffentlichen Teil behandeln. Also jetzt sozusagen in der Abstimmung der Tagesordnung, den öffentlichen und den nicht - öffentlich Teil enthält zusammenfassen. Das sollen wir jetzt in Zukunft immer so tun, bei den Ausschüssen und deswegen machen wir das so, deswegen jetzt noch mal mein Blick in die Runde, ob es zum nicht - öffentlichen Teil vielleicht noch irgendeine Anmerkung gibt. Das sehe ich auch nicht und damit können wir zur Abstimmung kommen und ich frage wer ist mit der Tagesordnung so einverstanden, Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, einverstanden.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, Zustimmung.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreutzfeldt.

Frau Dr. Kreutzfeldt

Ja.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Ja.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Nein.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Ja.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst
Ja.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark
Ja.

Herr Feigl
Und ich stimme dem auch zu und dann haben wir eine Tagesordnung.

-Ende Wortprotokoll-

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.05.2021
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2021
4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02205
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu
- 4.1.1. Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) (VII/2021/02205)
Vorlage: VII/2021/02883
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
- 4.1.2. "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)"
(VII/2021/02205)
Vorlage: VII/2021/02884
- Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage
- 4.1.3. "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)"
(VII/2021/02205)
Vorlage: VII/2021/02887
- 4.2. Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-Gangleitungen
Kreuzerstraße
Vorlage: VII/2021/02387
- 4.3. Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-Gangleitungen
Wernigeröder Straße bis Zeitzer Straße
Vorlage: VII/2021/02388
- 4.4. Förderung Anpassung Trinkwasserverteilungsnetz Südstadt – Amsterdamer Straße bis
Paul-Suhr-Straße
Vorlage: VII/2021/02390
- 4.5. Stadtsanierung, Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und
Modernisierungsmaßnahme des Objektes An der Moritzkirche 8
Vorlage: VII/2021/02710
- 4.6. Baubeschluss Hochwasserfolgemäßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade)
Vorlage: VII/2021/02426
- 4.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 190 Sondergebiet Sport und Freizeit Rossplatz
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02664
- 4.8. Straßenausbau des Hallorenrings zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt
(Salzgrafenstraße) - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2021/02439
- 4.9. Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des Gewerbegebietes
Ammendorf/Radewell – Grundsatzbeschluss
Vorlage: VII/2021/02539
- 4.10. 2. Änderungssatzung zur "Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den
Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm" vom
26.02.2014
Vorlage: VII/2021/02551
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten **Nichtbehandlung**

- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradbügeln in Kreuzungsbereichen
Vorlage: VII/2021/02649
- 5.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung eines Motoball-Trainingsgeländes
Vorlage: VII/2021/02647 **Nichtbehandlung**
- 5.3. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten
Vorlage: VII/2021/02778
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses VII/2020/00937
Vorlage: VII/2021/02771
7. Mitteilungen
- 7.1. Strukturkonzept "Frohe Zukunft"
- 7.2. Reduzierung der GRW-Fördergebietskulisse in Halle (Saale) für die Periode 2022 bis 2027
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Herr Sehrndt merkte an, dass das Wort „Rückturming“ in der Niederschrift vom 11.05.2021 korrigiert werden muss.

Herr Feigl sicherte eine Korrektur zu und bat um die Abstimmung im Block.

Frau Krimmling-Schoeffler bat darum, keine Blockabstimmung vorzunehmen.

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.05.2021

Die Niederschrift vom 11.05.2021 wurde von den Mitgliedern bestätigt.

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.06.2021

Die Niederschrift vom 08.06.2021 wurde von den Mitgliedern bestätigt.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2021/02205

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu**
Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)
(VII/2021/02205)
Vorlage: VII/2021/02883

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur**
Beschlussvorlage "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt
Halle (Saale)" (VII/2021/02205)
Vorlage: VII/2021/02884

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur**
Beschlussvorlage "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt
Halle (Saale)" (VII/2021/02205)
Vorlage: VII/2021/02887

Wortprotokoll auf Antrag der Afd-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 4.1.

Herr Feigl

Wir kommen zu den Beschlussvorlagen 4.1 Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020-2040 und ich würde zunächst noch mal Herrn Rebenstorf das Wort geben und dann die einzelnen Fraktionen auffordern, ihre Änderungsanträge vorzustellen. Herr Rebenstorf, sie haben das Wort.

Herr Rebenstorf

Ja, Herr Feigl vielen Dank! Frau Gaebel mal bitte die Präsentation starten. Als Hinweis, ich hab das ja als dynamischen Prozess verstanden, beginnend mit der Mitteilung im Mai mit einer sogenannten ersten Lesung, auch wenn wir das formal auf kommunaler Ebene nicht haben im Juni und jetzt im Juli mit der Bitte nachher auch zu einer Beschlussfassung zu kommen.

Gleichzeitig auch zur Information an alle, ich war in fast allen Fraktion gewesen. Mit der FDP hatte ich jetzt zwischendurch noch telefoniert, aber wir treffen uns auch noch mal und dann hätte ich sie auf jeden Fall alle durch. War sehr sehr angenehm gewesen, wird jetzt nicht der Regelfall sein, bei jeder Beschlussvorlage aber aufgrund der Tragweite und auch der Größe des Themas, war es mir einfach ein persönliches Anliegen auch gewesen mit ihnen auch die jeweiligen Fachgespräche zu führen. Daher ist es ein dynamischer Prozess. Wir haben bereits angefangen, eine überarbeitete Variante der Beschlussvorlage ihnen zur Verfügung zu stellen. Es wird dann, von uns werden noch die Anlagen auch noch überarbeitet. Die kriegen sie im Laufe dieser Woche auch. Und je nachdem wie wir nachher hier in der Diskussion mit den einzelnen Änderungsanträgen vorwärtskommen, ich werde noch nicht zu jedem eine abschließende Stellungnahme jetzt abgeben können. Wird sich sicherlich unsere Beschlussvorlage in dem ein oder anderen Detail bis zur Stadtratssitzung in zwei Wochen auch noch mal weiterentwickeln und Wirtschaftsausschuss für eine finale Diskussion haben wir ja auch noch.

Die nächste Folie bitte. Genau hier noch mal die Übersicht, die Rahmenbedingungen zur Bevölkerungs- und Haushaltsprognose. Ich muss nochmal sagen, wir reden über einen Zeitraum von 20 Jahren. Das sind keine kurzfristigen Entwicklungen, das ist tatsächlich die größere Ebene, die Metaebene, auch in Vorbereitung auf die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Wie gesagt hier nochmal die Übersicht Bevölkerungsprognose und wir gehen davon aus, dass wir künftig eine positive Bevölkerungsentwicklung haben, sei es durch Entwicklungen wie StarPark II oder RAW Gelände, insbesondere universitäre Entwicklung und wichtig war für uns zu verhindern, dass es eine Abwanderung von Familien, die Wohneigentum nachfragen, ich sag jetzt mal deutlich Wohneigentum nicht primär das klassische Eigenheim, aber in Form von Eigenheimen auch.

Die nächste Folie bitte. Hier noch mal die Übersicht, wo sie sehen, dass wir ein Salto bereits haben, sprich den negativen Trend, dass wir Einwohner in das unmittelbare Umland verlieren. Die nächste Folie. Das war noch mal die Varianten, die wir angesetzt haben, für die Prognose für die Einwohnerentwicklung. Die nächste Folie bitte. So jetzt noch mal deutlich, weil auch das Thema Leerstand in den Diskussionen eine Rolle gespielt hat. Wir haben im Bereich des Mehrfamilienhausessegment sicherlich in der Quantität, also in der schieren Masse, mit Sicherheit ein ausreichendes Wohnangebot, aber wir haben ein qualitatives Problem beim Geschosswohnungsbau. Das heißt Nachfrage nach Qualitäten, die ein Neubau hat, sei es die höherwertige Ausstattung, die großzügigeren Grundrisse, Barrierefreiheit, Energiestandards und Individualität. Das denk ich mal spielt beim Wohnen, auch in Zukunft wird das beim Wohnen eine sehr sehr große Rolle spielen.

Es ist wie viele Bereiche unseres Lebens, wird auch das Wohnen von einer weiteren, stärkeren, zunehmenden Individualisierung geprägt sein. Um die Diskussion mit dem Leerstand noch mal aufzugreifen, wir haben ihnen über Session heute Morgen noch mal eine Zusammenfassung eingestellt. Ich kann's jetzt leider bloß ganz kurz hochheben, das ist ein sehr dickes Papier nochmal geworden und muss mich bei meinen Kollegen auch noch mal recht herzlich bedanken, die vieles von dem, was sie uns in der letzten Sitzung im Planungsausschuss mit auf den Weg gegeben haben, nochmal verarbeitet haben, in einer schriftlichen Zusammenfassung.

Das ging, also muss in Session eingestellt sein, ging auch nochmal an die Fraktion und ich hoffe es hat funktioniert, dass auch zu mindestens die regulären Planungsausschussmitglieder das nochmal schriftlich, also direkt per Mail, schriftlich bekommen haben. Wir haben da drin auch nochmal Stellung zum Leerstand genommen. Beim Leerstand ist es so das, was gerade in den Plattenbaugebieten ist, muss weiterqualifiziert werden. Die Standardwohnungen sowie die Konzepte, die hinter dem Plattenbaubaukasten stehen, wie es in den fünfziger, sechziger Jahren entstanden sind, die funktionieren, mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit, jetzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts, beziehungsweise bereits im fortgeschrittenem 21. Jahrhundert, da der Planungshorizont bis 2040 geht, reden wir ja fast bis zur Mitte des Jahrhunderts. Da wird es nochmal einen enormen Anpassungsdruck geben, da auch die Generation der Erstbewohner durch den demografischen Wandel eines Tages nicht mehr da sein wird, um diese Wohnungen auch dauerhaft zu bewohnen.

Beim Plattenbau ist es so, sie kennen sicherlich Beispiele aus Halle-Neustadt auch, aber auch in Heide-Nord gibt es das eine oder andere. Rückstaffelungen, Einkürzen, Segmente rausnehmen, Dachterrassen schaffen, kleinere Wohnungen zusammenlegen da und mache jetzt mal ausdrücklich in Anführungsstrichen „verschwinden“ auch noch mal Wohnungen, verschwindet auch noch mal Leerstand, der so nicht am Markt anbietbar, nicht qualifizierbar ist. Aber es verschwinden keine ganzen Stadtviertel, das ist auch noch mal die Botschaft von meiner Seite. Wir reden hier nicht über Flächenabriss, wie es vielleicht vor 20 Jahren der Fall war. Wir reden über Teilrückbauten, um eine Individualisierung auch im Plattenbau zu ermöglichen, aber das ändert nichts daran, dass es eben diese qualitative Nachfrage auch im

Mehrfamilienhaussegment gibt.

So beim Eigenheim nochmal, sie konnten jetzt lesen neben her, die Neubauquote ist im Osten im Allgemeinen relativ gering. Deutschlandweit im internationalen Vergleich auch. Also es gibt Länder, wie im südeuropäischen Bereich, die haben Eigentumsquoten von jenseits der 90 Prozent, da liegen wir in Gesamtdeutschland bei noch nicht mal der Hälfte und in Halle bei ungefähr 20 Prozent.

Die nächste Folie bitte. Genau noch mal die Gegenüberstellung, die sie kennen. Bedarfe im Bereich Mehrfamilienhaussegment, Eigenheimsegment. Die nächste Folie bitte. Die nächste. Genau, hier haben wir nochmal gegenübergestellt, also links, wir haben ein Potenzial, wenn wir im Mehrfamilienhaussegment tätig werden von rund 5500, ohne dass wir auf der grünen Wiese noch mal neu ausweisen müssten und im Bestand können wir im Eigenheimsegment ungefähr 2300 generieren. Da sind aber auch die Flächen dabei, die bereits heute rot im Flächennutzungsplan dargestellt sind. Also das sind auch Flächen auf der grünen Wiese, also je blasser die Balken werden, desto eher sind da auch Flächen, die bereits heute im Flächennutzungsplan enthalten sind, aber die sind noch nicht bebaut. Da gehört zum Beispiel Reideburg-Ost dazu als große Fläche, aber auch ein Teil von Lettin.

Die nächste Folie bitte. So hier noch mal aufgeschnipselt, sage ich mal, welche Flächen wir im Flächennutzungsplan haben, die aktiviert werden können und interessant ist unten das gelbe, die freien Flächen im FNP, da sieht man hier genau rechts im Bild der Karte die zwei größeren Flächen Reideburg-Ost und oben links ein Teil der Fläche in Lettin. Die Schraffuren sagen dann überwiegend, dass ein Teil davon bereits rechtskräftige Bebauungspläne hat und überwiegend sind die Flächen, wenn man westlich der Saale den großen Fleck sieht, mit Heide-Süd auch weitgehend bebaut. Da geht es jetzt nur noch um die letzten Grundstücke. In Büschdorf sieht es ähnlich aus.

Die nächste Folie bitte. So zum Thema Mehrfamilienhaus nochmal, ich hab noch mal gegenüberstellen lassen, dazu ist diese Karte da, wie hoch die Entwicklungsmöglichkeiten im Geschosswohnungsbau im Bereich des Hauptbahnhofes sind und das bildet, sie sehen es oben rechts ca. 2800 ungefähr die Hälfte von dem Gesamtpotenzial, was wir in der Stadt haben von fünfeinhalbtausend. Wir hatten selber mal ein Bedarf von rund 2300 gesehen, im Bereich des Geschosswohnungsbaus und wir könnten aber insgesamt fünfeinhalb und zusammengerutscht ist ein Großteil davon lässt sich im Umfeld des Bahnhofs abbilden. Nicht umsonst ist hier auch in violett-blau dargestellt, die Fläche des RAW Geländes. Sie wissen, dass wir eine sehr sehr gute Infrastruktur mit der Bahn haben, egal ob das die S-Bahn Anbindung ins Umland, insbesondere nach Leipzig, aber auch in Richtung Dessau, Bitterfeld, oder Regionalbahn, heißt jetzt nicht S-Bahn, aber Regionalbahn, Richtung Merseburg in die großen Arbeitgeberbereich die dort noch angesiedelt sind, in die Industriekerne und wir haben durch das RAW Gelände dieses Potenzial ganz einfach die Entwicklung voranzutreiben, um alles, was auch aus dem ICE-Knoten heraus sich an Potenzial entwickelt für gewerbliche Ansiedlung, für Unternehmensansiedlungen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Das RAW Gelände ist primär eine Fläche, um Arbeitsplätze zu generieren.

Wenn ich das am Ende unter einen Hut bringen möchte, ein Hauptbahnhof, der eine sehr gute Anbindung hat, sowohl im Nah- als auch im Fernverkehr, Flächenpotenziale, um Arbeitsplätze anzusiedeln und Flächenpotenziale, um Geschosswohnungsbau auf den Weg zu bringen. Und das sind die links im Bild gelb und rot dargestellten, dann sage ich, lassen Sie uns dafür auf jeden Fall Baurecht schaffen. Das sind die perfekten Innenentwicklungsstandorte, ob das letztendlich alles abgerufen wird, das sei dahingestellt. Das wird die Entwicklung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren zeigen. Aber lassen Sie uns rechtzeitig Bau- und Planungsrecht schaffen. Ich will nicht das wir in fünf Jahren dann irgendwann dastehen, wenn die ersten Flächen dort entwickelt werden, oder in zehn Jahren, wir haben nicht rechtzeitig die Wohnprojekte auf den Weg gebracht.

Die nächste Folie bitte, Entschuldigung, Folie bitte. Genau hier ist nochmal die Gegenüberstellung, Bedarf und Potenzial jeweils im Mehrfamilienhaus und im Eigenheimsegment. Die nächste Folie bitte. So im Mehrfamilienhaussegment hatte ich ja schon gesagt, der Flächenbedarf kann im Bestand ohne weitere Neuausweisung dargestellt werden und für das selbstgenutzte Wohneigentum brauchen wir auch eine Flächenausweisung, die über den FNP hinausgeht.

Die nächste Folie bitte. So und hier haben wir jetzt angefangen Hinweise aufzunehmen, wenn es um Dichte geht. Das ist die Folie, die ihn aus der Präsentation von vor einem Monat bekannt ist, wo wir am Ende oben rechts die Zahl auf 73 Hektar gekommen sind. Und das war der Ausgangspunkt im letzten Monat. Und wenn wir jetzt sagen ok, wir gehen nochmal ganz tief in uns und nehmen den Punkt auf die Innenentwicklungspotenziale voranzutreiben.

Die nächste Folie bitte. Und noch einmal Dichten zugrunde legen, die bis hin zu einer hohen Verdichtung, das ist die unterste Zahl, das sind alles Bruttoflächen mit 700 m² pro Wohneinheit rechnen und nicht mit 800 oder mit 1000 und wenn wir noch ein Innenpotenzial von rund 30 Hektar, das ist oben die erste Zeile, zugrunde legen, insbesondere zu schauen, was geht auf Stadtumbauplächen noch. Stadtumbauplächen kennen sie aus dem ISEK, das sind Flächen, die in den großen Plattenbaugebieten, insbesondere am Rand arrondiert werden können je nachdem, wie sich der wohnungswirtschaftliche Markt dort entwickelt. Auch Gewerbebrachen haben wir, gehört zum Beispiel die Porzellanfabrik in Lettin mit dazu. Das funktioniert aber nur, wenn ich Lettin die große Wohnbaufläche bis dorthin entwickle, also über den FNP hinaus. So, dass zugrunde gelegt. Die nächste Folie bitte.

Dann kämen wir auf folgende Darstellung, dass wenn wir das wirklich ausreizen, dass wir nicht über 73 Hektar reden, die wir neu ausweisen müssten, sondern nur noch 43 Hektar. Also sie sehen das ist schon die erste Weiterentwicklung unserer Beschlussvorlage, indem wir angefangen haben Hinweise aufzunehmen und einzuarbeiten. Die nächste Folie bitte.

Genau der Handlungsbedarf nochmal abgeleitet. Das kennen sie auch. Ausschöpfen der Innenentwicklungspotenziale, verdichtete Bauweisen neue Flächen ausweisen, im Sinne der langfristigen Flächenvorsorge und neue großflächige Eigenheimquartiere entwickeln, um integrierte Lagen mit urbaner Gebiet, um integrierte Lagen mit urbaner Qualität entwickeln zu können.

Die nächste Folie bitte. So aus den Diskussionen heraus wäre jetzt mein Vorschlag eine Prioritätensetzung vorzunehmen, und zwar bei den drei Großstandorten Bruckdorf, Lettin und Dautzsch, beginnend mit Bruckdorf. Bruckdorf ist ein Favorit, wo wir zeitnah, mit hoher Wahrscheinlichkeit noch in diesem Jahr mit einem Aufstellungsbeschluss kommen werden. Die Vorteile hatte ich beim letzten Mal ausgeführt. Also wäre im Sinne der Prioritätensetzung Bruckdorf eine Priorität. Die nächste Folie bitte. Das Gleiche gilt für Lettin, hier auch noch mal grau schraffiert dargestellt bis zur Porzellanfabrik, dass man eben so eine Gewerbebrache arrondieren kann und entsprechend weiterentwickeln. Und hier muss ich noch mal klar und deutlich sagen, auch das würden wir jetzt prioritär mitentwickeln wollen, da bitte ich nachher auch ausdrücklich um ihre Zustimmung.

Bei Lettin sehe ich es so, man muss es im engen Kontext mit Heide-Nord sehen. Wir haben dort die einmalige Chance, durch diese Fläche und wie wir nachher die Verknüpfung herstellen, das ist noch kein städtebaulicher Entwurf. Insbesondere soziale Infrastruktur, aber auch ÖPNV Infrastruktur aus Heide-Nord heraus mit zu nutzen und tatsächlich dort ein verzahntes Stadtquartier zu entwickeln, sodass man ein Transformationsprozess der kleinen Großwohnsiedlung Heide-Nord auf den Weg bringen kann, dass diese eher randstädtische Lage, wie sie heute sich teilweise darstellt, deutlich integrierter dann auch sein wird. Und hier wäre unser Vorschlag, weil es ist ein Prüfauftrag, dass wir ihn dann bis ins nächste Jahr hinein

in die erste Jahreshälfte ein Vorschlag unterbreiten, wie wir denken, dass wir dieses Quartier entwickeln können. Mit diesen ganzen Hinweisen, die uns jetzt mit auf den Weg gegeben worden, sei es Grundstücke die in Erbpacht bleiben, sei es Regenwassermanagement, sei es ökologisches Bauen, sei soziale Infrastruktur und und und, dass wir diese ganze Themenpalette abarbeiten und ihnen dann ganz konkret mit einem Vorschlag kommen und das Wichtigste als Botschaft, was ich aussenden würde, das wir es gemeinsam mit der städtischen Tochter der EVG entwickeln, als, wenn man es so will, kommunale Entwicklungsgesellschaft, sodass wir als Stadt/Stadtrat in den sehr langen Prozess auch die Handlungshoheit über diese Gesamtquartiersentwicklung im halleschen Nordwesten haben.

Und zum Schluss, die nächste Folie bitte noch. Der Dautzsch noch mal. Wir würden von der Priorität her den Dautzsch ganz hinten sehen. Mit den anderen beiden Bruckdorf und Lettin wären wir in den zwanziger Jahren jetzt auf jeden Fall sehr gut beschäftigt. Alle drei Großstandorte würden das ruhig auch nochmal als Botschaft überbringen, nur die Hälfte des prognostizierten Bedarfes abdecken und daher wäre das Angebot von unserer Seite, dass der Dautzsch nach wie vor als Fläche vorgehalten wird, aber nicht entwickelt wird und wir uns wie gesagt auf Bruckdorf und Lettin konzentrieren und dann parallel dazu, also nicht nacheinander, sondern parallel dazu, uns noch mal massiv die in Entwicklungspotenziale, die 30 Hektar, die ich vorhin erwähnt hatte ansehen, sei es Stadtumbaugebiet, Brachflächen oder sonstiges, dass man sich noch mal auf die drei Bausteine konzentriert, Bruckdorf, Lettin und Innenentwicklung voranzutreiben und den Dautzsch nur als die Perspektive für die, sag ich mal, fortgeschrittenen Dreißigerjahre abbilden.

Jetzt muss ich nochmal fragen, Frau Gaebel, nächste Folie, müsste glaube ich das Ende sein. Ne, hier noch mal kurz gegenübergestellt, den... Moment, jetzt sehe ich die Bilder nicht. Genau hier haben wir noch mal ein paar Spielereien gemacht, wie wir den Bedarf, den wir sehen abdecken können, wenn wir verschiedene Großflächen miteinander kombinieren. Also B steht für Bruckdorf, L steht für Lettin und D steht für Dautzsch.

Die nächste Folie bitte. Ach so, das war es schon, ich wollte gerade sagen, I-Gänge haben wir da nicht und die kommen auch nicht. So dann würde ich jetzt darum bitten, dass die Fraktionen ihre Änderungsanträge einbringen und ich würde dann, ohne dass die Verwaltung jetzt schon abschließend eine Stellungnahme abgeben kann, weil Mitbürger habe ich gesehen, kam jetzt ganz zum Schluss erst. Ich würde nur grob durchgehen und eine erste Einschätzung der Änderungsanträge dann vornehmen, also stellen sie alle hintereinander weg vor und dann gehe ich nochmal durch jeden durch und würde kurze Hinweise geben und dann die Diskussion, Herr Feigl.

Herr Feigl

Ja, ich denke in diesem Sinne sollten wir dies tun. Dann würde ich zunächst die SPD auffordern, ihren Änderungsantrag einzubringen. Herr Eigendorf, sie haben das Wort.

Herr Eigendorf

Vielen Dank Herr Vorsitzender, vielen Dank Herr Rebenstorf für die nochmalige Einbringung des Konzepts. Ich finde wie das ganze gelaufenes ist, ist überaus ungewöhnlich. Zumindest habe ich das in der Form, in den letzten sieben Jahren als Stadtrat selten erlebt, dass wir so eine Vorlage, so eine umfangreiche Vorlage, weil wir ja sie ja auch in der Erarbeitung schon erhebliche Vorleistungen gegangen sind, als im Prozess betrachten. Das ist die Aufnahme von Argumenten aus den Diskussionen während der Beratung schon gab, bevor es eine Beschlussfassung hier im Fachausschuss oder in anderen Fachausschüssen gab, das ist eine Art und Weise, die ich persönlich jetzt so noch nicht kannte, mir gefällt das aber sehr gut und ich kann sie beruhigen Herr Rebenstorf, wir haben jetzt, zumindest als SPD-Fraktion nicht die Erwartung, dass sie das bei jeder Vorlage machen. Der Wunsch bleibt aber, dass wenn wir solche wichtigen Weichenstellungen vornehmen, wir genau dieses miteinander pflegen und das eben als gemeinsamen Arbeitsprozess sehen, indem wir auch alle dazu verpflichtet sind

hier was Gutes bei rauszubekommen.

Ich hab's schon eingangs bei unserer ersten Beratung hier im Planungsausschuss gesagt, es ist eine Vorlage in der wir viel Licht sehen und wenig Schatten. Sie haben uns ermuntert Änderungsvorschläge einzubringen. Das haben wir mit unserem Änderungsantrag getan, mit sieben Änderungen die wir nicht als komplette Umkehr dessen sehen, was sie zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung erarbeitet haben, aber wir halten es schon für eine Nachjustierung, für eine Schärfung die notwendig ist.

Ich würde jetzt kurz durch die sieben Punkte durchgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die sie ja aber alle schon aus der Lektüre wahrscheinlich kennen, beziehungsweise können wir dann gerne ja auch noch mal intensiver drüber diskutieren. Erstmal ist der erste Punkt, der für uns voransteht, dass wir die Reserven, die wir im jetzigen Flächennutzungsplan vorgesehen haben, prüfen, nutzen bevor wir andere Flächen bebauen.

Dann der zweite Punkt, auch das hatte ich beim ersten Mal schon angesprochen, wir haben uns viel Mühe gegeben gemeinsam ein integriertes Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten. Es war ein langwieriger Prozess und ich finde nach wie vor stehen in diesem ISEK viele kluge Sachen. Insbesondere wenn es um das Thema, des Zieles einer funktionsgemischten Stadt geht, wenn es um den sozialen Wohnungsmarkt geht, wenn es um die Bekämpfung von Segregation geht. Und wir glauben, dass wir die Themen hier auch ruhig nochmal aufgreifen sollten, weil die Änderungen des Flächennutzungsplans nichts ist, was alltäglich ist und wir durchaus solche wichtigen Punkte auch aufnehmen sollten, berücksichtigen sollten, bei dem Flächennutzungsplan, um eben Vorsorge zu treffen, gerade wenn wir solche großen Wohnbaubebauungsprojekte in Angriff nehmen.

Wir halten die Innenentwicklung für die erste Priorität, deswegen ist unser Vorschlag, dass wir sagen wir prüfen erst mal intensiv die Innenentwicklung bevor wir die Fläche in Lettin in den Flächennutzungsplan aufnehmen. Bruckdorf aus unserer Sicht davon nicht betroffen, das hatten sie ja auch schon klargemacht. Wie es um die Mobilisierbarkeit dieser Fläche aussieht, die Einschätzung von ihnen Herr Rebenstorf teilen wir in dem Punkt, deswegen hier nur Lettin. Zum Dautzsch würde ich später nochmal kommen. Uns schwebt vor, dass wir prüfen, ob einzelne dieser Flächen, die sie jetzt hier vorsehen, insbesondere als Flächenpool oder zur Nutzung als Ökokonto möglich sind. Da kann gegebenenfalls mein Kollege Herr Dreher später nochmal näher ausführen zu dem Thema.

Dann, das hatte ich auch schon deutlich gemacht bei der ersten Diskussion, haben wir bisschen Probleme damit die einseitige Ausweisung von Einfamilienhäusern als Grundlage für die Lösung des aktuellen Problems zu sehen. Natürlich, das muss passieren, das ist ein Teil des Angebots. Wir glauben aber, dass gerade Themen wie Eigentumswohnung, dass Themen wie Baugemeinschaften auch eine Alternative bilden können zur großflächigen Ausweisung von Einfamilienhausgebieten und deswegen erachten wir es schon als sehr sehr wichtig, dass die Stadtverwaltung ihre teils ja schon vorhandenen Bemühungen ausbaut in dem Bereich aktiv zu werden und auch für eine Stadt attraktive Alternativen zu Eigenheimflächen bietet.

Des Weiteren, Punkt sechs, halten wir es für sinnvoll, dass wir gemeinsam anstreben, also die Beschlussfassung des Flächennutzungsplanes obliegt ja am Ende des Tages uns als Stadträten, aber wir finden es wichtig auch jetzt schon festzuschreiben, dass wir das Ziel anstreben, dass wir das Maß der derzeit im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen nicht überschreiten. Wir haben ja immer wieder die Diskussion bei einzelnen Flächen, bei einzelnen Bebauungsplänen, wie viel wird wirklich bebaut, wie viel wird genutzt und wie viel Fläche lassen wir unversiegelt, auch das spielt beim Thema Wohnbebauung natürlich immer eine Rolle und gehört von daher aus unserer Sicht auch mit in diese Bedarfsermittlung mit rein.

Und der letzte Punkt, der uns vorschwebt ist, dass wir aus dieser Bedarfsermittlung, aus diesem Konzept den Dautzsch rausstreichen. Zum einen, weil aus unserer Sicht jetzt noch nicht vollständig absehbar ist, ob diese Fläche überhaupt benötigt wird. Was die verkehrliche Erschließung angeht, was die Lage angeht, haben wir große Bedenken und uns läuft im Prinzip nichts weg. Die Fläche auf dem Dautzsch ist im Prinzip für nichts Anderes nutzbar, als für die bisherige Nutzung oder eben als Eigenheimfläche und deswegen sagen wir, lassen sie die uns erstmal rausstreichen, lassen sie uns schauen, wie sich das mit den Flächen, die dann vorgesehen sind in der Bedarfsermittlung entwickelt und dann haben Generationen nach uns immer noch die Möglichkeit zu sagen, wir nehmen das mit auf, wir prüfen das, aber zum jetzigen Zeitpunkt ist es aus unserer Sicht nicht notwendig, auch weil uns diese Fläche nicht wegläuft.

Wir glauben, dass wir mit unserem Änderungsantrag, wie wir ihn vorgelegt haben, ein gutes, ausgewogenes Maß finden um die Ziele, die wir im ISEK festgeschrieben haben, die Ziele der nachhaltigen Flächennutzung, die wir hier immer wieder diskutieren und die Herausforderungen des Klimawandels gleichermaßen gut berücksichtigen und deswegen freue ich mich auf die Diskussion und auf ihre Einschätzung dazu und bitte Sie schon mal vorsorglich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Vielen Dank.

Herr Feigl

Danke Herr Rebenstorf...Herr Eigendorf in dem Falle für die Einbringung ihres Änderungsantrages. Als nächstes...

Herr Rebenstorf

Herr Feigl, Entschuldigung. Wäre es ok, wenn ich jetzt gleich kurz was dazu sage, weil dann ist es für alle einfacher, weil sie es gehört haben, sonst fange ich nachher an wieder die halben Fragen vorzulesen.

Herr Feigl

Dann machen wir das so, ja gern. Bitte sehr.

Herr Rebenstorf

Gut, Herr Eigendorf, vielen herzlichen Dank. Ich habe an einer Stelle ein Problem, das wiederholt sich ein bisschen, auch in mehreren Punkten, die Sie ergänzt haben. Sinngemäß, ich fange mal mit dem ersten Punkt an, sinngemäß die Reserven des Flächennutzungsplans sind konsequent auszunutzen, bevor die Bebauung neuer Flächen erfolgt. Innenentwicklungspotenziale, Moment, diese Prüfung der in Entwicklungspotenziale ist abwarten, bevor die großflächigen Eigenheimstandorte in Lettin-Süd in den neuen Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Wir brauchen an der Stelle beides, deswegen ist ausdrücklich meine Bitte neben Bruckdorf auch Lettin-Süd, und zwar in der großen Variante bis zur Porzellanfabrik mitzutragen, damit wir eine Parallelität in der Entwicklung herstellen können.

In der Gesamtbilanz, was wir ihnen vorgerechnet haben, kommen wir trotzdem nicht auf dieses Flächenpotenzial, was wir denken, was wir bräuchten an der Stelle. Daher würden wir sowieso nicht sehr viel mehr jetzt in Anspruch nehmen, als ohnehin schon im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist. Selbst wenn sie Dautzsch am Ende nicht mittragen sollten. Aber ich brauche diese Flexibilität und diese Freiheit, weil die Folge wäre, dass ich mit Lettin überhaupt nicht weiter planen kann und dann gegebenenfalls in fünf Jahren von null dann wieder anfangen. Also daher wäre mein Vorschlag, dass an der Stelle nicht so hart zu formulieren, sondern uns die Parallelität, sowohl in der Aktivierung der Innenflächen als auch zu mindestens der beiden Standorte Bruckdorf, das war ja unstrittig, aber auch Lettin zu belassen.

Ansonsten Punkt zwei, ISEK enthaltene Ziele denk ich, beim ersten drüber Fliegen ist unproblematisch. Dann, genau Frau Diemer nickt auch, dann unter sechstens die Sache mit

dem Ökokonto. Ich muss nochmal dazu sagen, alle Flächen, die wir Ihnen hier gezeigt haben sind Bruttoflächen, das heißt das ist nicht nur das Grundstück, wo das Haus draufsteht, das ist die Straße, die Erschließung mit dabei. Und da ist auch ein nicht unerheblicher Anteil schon mit dabei an Flächen für Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen, die sind dort ebenfalls mitberücksichtigt. Ob wir dann beim, sag ich mal, im Flächenpool eine andere Stelle noch ausweisen, das würden wir in unserer schriftlichen Beantwortung, also in der schriftlichen Stellungnahme der Verwaltung bis zum Stadtrat dann noch mal im Detail durchprüfen.

Siebtens war die Sache mit den Baugemeinschaften gewesen. Nochmal als Hinweis, Frau Diemer sitzt gerade hinter mir, sie betreut bei uns die Geschäftsstelle für die Bauherrengemeinschaften. Für alle, die jetzt nicht so richtig wissen, was eine Baugemeinschaft ist, mehrerer Interessenten für eine Eigentumswohnung schließen sich zusammen, aber bauen nicht mit einem Bauträger, sondern beauftragen direkt einen Architekten und der Architekt übernimmt die Gesamtsteuerung der einzelnen Eigentümer in der Eigentümergemeinschaft dann. Das ist sehr aufwendig, das Verfahren und da werden wir am Anfang sehr sehr lange brauchen, das sind auch die Rückmeldungen aus anderen Städten, bis wir da mal richtig einen Fuß in die Tür gekriegt haben. Also ich würde den Punkt zu mindestens als unbedenklich empfinden, weil er uns signalisiert, auch wenn es am Anfang irrsinnig lang ist, bis wir einen Fuß in der Tür haben, dass wir dieses Konzept trotzdem weiterverfolgen und auch die Geschäftsstelle hier dauerhaft erhalten.

Und folgender Punkt wird gestrichen, Dautzsch-Süd. Es wird so sein, ich werde damit meine Rechnung stimmt, die Fläche bis zum Schluss drin lassen, auch im Flächennutzungsplan und es wäre, es liegt dann in der Entscheidung des Stadtrates, ob sie die Fläche rausstreichen oder nicht rausstreichen. Aber in der prioritären Entwicklung wäre sie sowieso, nach dem man Bruckdorf und Lettin gemeinsam auf den Weg gebracht hat, käme das danach erst und nach jetzigen Stand vermutlich auch erst in den dreißiger Jahren. Und wie sie ausführten, Herr Eigendorf, ist da nichts verbaut, weil für was Anderes außer Ackerbau und Wiese ist die Fläche nicht nutzbar bis auf Weiteres. Gut, das erstmal zum Änderungsantrag der SPD und dann der nächste Herr Feigl.

Herr Feigl

Ich sehe jetzt zwei Wortmeldungen. Ich würde jetzt aber trotzdem gerne erst mal die einzelnen Änderungsanträge noch mal vorstellen lassen und dass wir dann in die Diskussion in der Gesamtheit dann einsteigen. Als Nächstes käme der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen. Ich würde diesen Änderungsantrag jetzt für uns einbringen.

Ich möchte so beginnen, die uns vorliegende Wohnbauflächenbedarfsermittlung hat zwei wesentliche Zielkonflikte. Aus den Zahlen lässt sich ganz deutlich herauslesen, dass wir bei der Entwicklung, die wir im Moment haben eine über, ein Überangebot, dass es geben wird in den nächsten Jahren an Geschosswohnbau. Wenn wir die Bevölkerungsprognose, die uns vorgelegt wurde an dieser Stelle ernst nehmen, wenn wir den Leerstand, es wurde eben schon erwähnt und die mit einberechnen, dann haben wir im Grunde genommen mit dem Geschosswohnungsbau schon genau das abgedeckt oder überkompensiert, was an Bevölkerungswachstum in der nächsten Zeit passieren wird.

Ein zweites, ein zweiter Zielkonflikt ergibt sich daraus, dass in der Vorlage auch erwähnt, es eine Vorgabe der Bundesregierung gibt, was den Flächenverbrauch, also nicht die Flächenversiegelung, das möchte ich an dieser Stelle noch mal betonen, sondern den Flächenverbrauch angeht. Der soll auf 30 Hektar pro Tag für ganz Deutschland reduziert werden. Wir haben das runtergebrochen, sie finden das auch in unserer Begründung mit drinnen, was das für Halle bedeutet, das heißt, dass wir, wenn wir zwei Rechenmodelle ansetzen, also einmal auf die Fläche angesetzt oder eben auch auf die Bevölkerungszahl haben wir es nochmal gerechnet, nach dem Hinweis vom letzten Mal von Herrn Rebenstorf, da sieht es ein bisschen günstiger für die Stadt aus. Aber dennoch ist der Flächenverbrauch,

der hier prognostiziert ist für die nächsten Jahre weit über den, was wir als Stadt hier verbrauchen können und dabei sind gar nicht die Flächen für Verkehrsanlagen, für neu anzusiedelnde Industrie, für Infrastruktur, für Schulen und so weiter und sofort. Für diese Bauflächen, die wir ohnehin in den nächsten Jahren auch wirklich dringend brauchen, die sind dabei gar nicht berücksichtigt.

Das heißt also, wir haben eine Verpflichtung. Wenn wir sowas wie Flächenkontingent wirklich ernst nehmen wollen und wenn wir wirklich ernst nehmen wollen, dass wir nicht über das Maß verdichten, zumal wir in einer Stadt leben, die ja vom Territorium sehr sehr begrenzt ist. Sie wissen, dass unsere Stadtgrenzen eng um den bisher schon bebauten Bereich gezogen sind. Wenn wir sozusagen ordentlich mit unseren Flächen umgehen wollen, dann müssen wir an dieser Stelle umsteuern und uns wesentlich mehr auf die Innenverdichtung konzentrieren. Deswegen legen wir da auch ganz wesentlich den Fokus drauf. Wir glauben, dass es nicht die Ausweisung von neuen Flächen gibt und von daher folgerichtig sagen wir in unserem Änderungsantrag in Punkt zwei, dass die Punkte vier und fünf gestrichen werden, dass also keine zusätzlichen, zu den was wir zurzeit im Flächennutzungsplan an Flächen für Einfamilienhaus drin haben, dass keine zusätzlichen Flächen mehr ausgewiesen werden sollen. Wenn sie auch sich nochmal erinnern an die Zahlen, die Herr Rebenstorf eben nochmal vorgestellt hat, wir reden bei diesen zusätzlichen Flächen, die wir ausweisen, nur über ein Drittel von den, was an Bedarf, an Entwicklungsbedarf gebracht wurde hier.

Das heißt also zwei Drittel der Fläche, die wir für den Einfamilienhausbau brauchen, nach der Vorlage der Stadtverwaltung, den haben wir ohnehin im gültigen Flächennutzungsplan mit abgedeckt. Wir reden also nur über diesen Aufwuchs an dieser Stelle und wir sind der Meinung, dass es kreative Lösungen geben muss und andere Modelle geben muss, um die Eigentumbildung auch im Geschosswohnungsbau so kreativ zu gestalten, dass er mit den Qualitäten des Einfamilienhauses auf der grünen Wiese mithalten kann. Wir sind davon überzeugt, dass dies gelingen kann, dass man auch mit einer anderen Bauweise als der klassische Geschosswohnungsbau, so wie wir ihn gerade bei den Saale-Gärten sehen, dass das vielleicht nicht ganz die Antwort darauf ist, wie man gegen das Einfamilienhaus dagegenhält. Wir glauben, dass da kreative Lösung durchaus möglich sind.

Eine Änderung haben wir auch im Beschlusspunkt Nummer eins mit drinnen. Die Diskussion zeigte schon, dass wir meinen, dass die Wohnflächenbedarfsermittlung insgesamt nicht die volle Zustimmung von allen findet. Von daher glaube ich, ist es richtiger zu sagen, wir nehmen diese Bedarfsentwicklung zur Kenntnis und arbeiten damit weiter. Aber ein bestätigen, wäre an dieser Stelle glaube ich nicht richtig. Soweit der Änderungsantrag von uns. Ach so noch eine Erwähnung würde ich ganz gerne, im Punkt sechs wollen wir uns also lediglich auf die, auf die Weiterentwicklung der Fläche in Bruckdorf noch mal fokussieren. Die ist ja im aktuellen Flächennutzungsplan auch schon enthalten. Wir halten diese für möglich an dieser Stelle, würden uns aber doch dort wünschen, dass also auch eine dichtere Bebauung an dieser Stelle mit Doppel- und Reihenhäusern und einer größeren Verdichtung an dieser Stelle, mit den Flächen doch wesentlich sparsamer umgegangen werden kann, als dass bisher der Fall war.

Soweit unser Änderungsantrag und ich guck noch mal in die Runde rein. Herr Rebenstorf möchte auch gleich dazu noch was sagen und danach werde ich dann den Änderungsantrag von den Mitbürgern aufrufen. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, ich wollte eben nur wie gesagt, dass die Erinnerung noch frisch ist. Ich weiß Herr Feigl, wir werden die größten Schwierigkeiten haben sie da einzubinden an der Stelle, aber ich versuch's mal, vielleicht komme ich mit Argumenten dann doch irgendwie durch.

Ich nehme ihre Kritik am vermutlichen Überangebot im Mehrfamilienhaussegment jetzt einfach mal zur Kenntnis. Ich hatte aber ausgeführt gehabt, dass wir uns weiterhin im

Stadtumbauprozess befinden. Der war vor 20 Jahren mit diesem Flächenabriss in den Plattenbaugebieten sicherlich sehr markant und in der Baugeschichte eine absolute Ausnahme, dass man sowas vollzogen hat. Und ich hatte vorhin auch gesagt, man wird dort weiterqualifizieren müssen, um den Leerstand, den es heute nach wie vor in den Plattenbaugebieten gibt, den bestreiten wir ja auch nicht, und das hatten wir in unserer ergänzenden Stellungnahme die wir heute eingestellt haben, auch nochmal betrachtet, der wird weiter abgebaut werden müssen, der muss qualifiziert werden.

Und gleichzeitig sag ich auch noch mal, es ist nicht verkehrt, dieses Potenzial zu haben, dieses Potenzial auch zu benennen. Denn das ist eine Ressource die diese Stadt hat und das ist die Botschaft noch mal nach außen. Die Stadt Halle ist in der Lage, im Mehrfamilienhaussegment ohne Flächenentnahme auf der grünen Wiese diese Bedarfe abdecken zu können. Auch vor dem Hintergrund, dass wir durch eine sehr gute Infrastruktur und ich sag jetzt noch mal, ein ICE-Knoten ist nicht das schlechteste, was es gibt für eine Stadt mit 240.000 Einwohnern. Bei uns werden die ICEs im Endausbau im 30 Minuten-Takt, und das fahren sie heute schon teilweise, auf der Strecke Berlin-Halle-Erfurt fahren, wo andere Städte teilweise seit Jahrzehnten kein Fernzug mehr gesehen haben oder vielleicht nur alle 2 Stunden. Und ich hatte ihnen vorhin auch die Karte gezeigt, mit dem Bahnhofsumfeld, das ist im wahrsten Sinne des Wortes der Auftakt dort eine Art östliche Innenstadt zu entwickeln, damit die Stadt dauerhaft stabil ist und sich in der Einwohnerzahl zwischen 240 und 250 mal einpendelt.

Die 320 die wir vor 30 Jahren hatten, sehe ich auch nicht mehr, aber ich muss auch in Bezug auf die Einwohnerzahlen mir ein Ziel stecken, was ich zu halten habe, ansonsten haben wir irgendwann ein Problem, das uns die Einnahmen wegbrechen, die Steuereinnahmen wegbrechen, uns die Mittelzuweisungen vom Land wegbrechen, wir wieder in die Diskussion kommen wie vor 20 Jahren. Wie gehe ich mit einem Überangebot an sozialer Infrastruktur um. Mir geht's nicht um ein Wachstum, was dann vielleicht auch gerne mal im Sinne von wirtschaftlichen Wachstum definiert wird. Mir geht's darum, im gewissen Maß Einwohner hinzuzugewinnen, um zu einer stabilen Einwohnerzahl zu kommen. Nicht im Sinne von, ich überhole jetzt alle Städte hier in der Nachbarschaft und bin eines Tages doppelt so groß wie Leipzig, um so etwas geht es überhaupt nicht. Es geht darum, dass durch eine Attraktivitätssteigerung so stabil in der Stadtentwicklung zu sein, dass wir nicht in diese Szenarien reinkommen, irgendwann mal harte Entscheidungen treffen zu müssen, weil uns die Einwohner weggebrochen sind.

Zur Flächenversiegelung noch mal, was der Bund macht, ist ein Durchschnittswert. Der Bund sagt aber auch ganz klar und deutlich, in Ostdeutschland sind gleichwertige Lebensverhältnisse wie ein den Altländern herzustellen. Das heißt und da bitte ich alle hier auch um ausdrücklich um eine Differenzierung. Wir haben nach wie vor strukturelle Probleme, strukturelle Defizite und Unterschiede gegenüber den Altändern. Also Halle ist nicht mit München zu vergleichen, die in den letzten Jahrzehnten ein enorm Flächenfraß hatten. Bei uns geht's wirklich darum, das sind minimale Entnahmen, die wir gerade im Bereich Bruckdorf oder Lettin noch mal vorgeschlagen haben, um gewisse strukturelle Defizite in den Griff zu kriegen, und wie man ein modernes Wohngebiet auf der grünen Wiese sag ich jetzt mal in Lettin entwickeln kann, sag ich nochmal klar mein Angebot mit der EVG zusammen um da sehr viele Themen besser abbilden zu können, als wenn wir das über private Dritte realisieren lassen. Solange wie wir die Federführung haben, sehe ich da durchaus ein Erfolg und für mich ist EVG in Heide-Süd jetzt nicht gerade das schlechteste Beispiel, das hat sehr sehr gut funktioniert, auch das was zum Schluss gelaufen.

Ansonsten muss ich sagen, wie gesagt habe ich mit ihrem Änderungsantrag die größten Bauchschmerzen. Ich fange mal mit den positiven Dingen an. Die Sache zum Thema Bruckdorf-Nord, bei der Planung sind im Sinne einer dichteren Bebauung Doppel-Reihenhäuser und so weiter gegenüber Einzelhäusern zu bevorzugen. Der Investor, der das Quartier entwickeln will, denkt auch über eine noch etwas dichtere und kompaktere Bauweise

nach, also daher wäre das der einzige Punkt, wo ich den Grünen Änderungsantrag zustimmen kann. Ob das nachher das klassische Doppelhaus ist oder das Reihenhaus ist und wie alle spiegelgleich aussehen, das würde ich jetzt mal so nicht beschreiben. Da zeigen wir ihnen dann zu gegebener Zeit mal Beispiele, wie man über das klassische fünf Reihenhaus nebeneinander, die sehen alle gleich aus, hinwegkommen kann und sagen kann, dass entscheidende ist dann aber eher die Grenzbebauung, so würde ich es mal formulieren. So wie man aus der Altstadt auch die Grenzbebauung geht, dass die beiden sich rechts und links die Wand teilen, das kann man auch kreativ damit umgehen, dass da keine Langeweile entsteht.

Also den Punkt würde ich zustimmen, bei allen anderen Punkten, Herr Feigl, kann ich leider so nicht mitgehen und wir werden uns trotzdem noch mal intensiv mit ihrem Änderungsantrag auseinandersetzen und in der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung bis zum Stadtrat, das dann schriftlich niederlegen. Vielen Dank erstmal. Und jetzt die Mitbürger bitte.

Herr Feigl

Dankeschön, dann Frau Winkler für den Änderungsantrag. Sie mussten lange warten, bitte sehr.

Frau Winkler

Das macht nichts, ich habe Geduld. Also wir sind mit der Wohnbauflächenbedarfsermittlung relativ zufrieden und einverstanden, abgesehen vom Dautzsch. Da sehen wir erstens, dass das im Grunde genommen der Gemüsegarten der Stadt ist und das und dass die Bodenwertzahlen sehr hoch sind und wir das ein bisschen besser abgewogen haben wollen, wie man das sozusagen zu Lasten der Einfamilienhausbebauung aufwiegt, also das ist uns noch nicht differenziert genug und tiefgründig genug erfasst. Hinzu kommt, das der Dautzsch ein gewisses Entwässerungsproblem durch tragende Lehmschichten hat und der Grundwasserstand auch für die Einfamilienhäuser sicher nicht dazu führen wird, dass man da Keller mit rein baut und ähnliches. Also eigentlich sehen wir den Dautzsch relativ kritisch und würden deshalb den Anstrich drei, des Beschlusspunktes sechs dahingehend ändern, dass das Prüfergebnis hinsichtlich der Eignung dieser Flächen bitte noch mal in der Beschlussvorlage zum Flächennutzungsplan vorgelegt und abgearbeitet wird. Ja, das wäre es im Wesentlichen von mir.

Herr Feigl

Dankeschön. Herr Rebenstorf möchte dann auch gleich dazu noch Stellung nehmen, bitte sehr.

Herr Rebenstorf

Ja, vielen Dank Herr Feigl. Eine Korrektur vielleicht Frau Winkler, und so weiter das Prüfergebnis dem Stadtrat, gemeinsam mit der Beschlussvorlage nicht zur Neuauflistung, weil sie haben den Aufstellungsbeschluss schon gefasst, sondern zum Vorentwurf. Wir kommen, wenn alles gut läuft jetzt im Frühjahr 22 mit dem Vorentwurf. Also es ist so ähnlich, das Verfahren wie es beim B-Plan Verfahren läuft: Aufstellung, Vorentwurf, Abwägung und Satzung. Ansonsten, ich weiß, ich habe das aus der Diskussion so wahrgenommen, dass sie alle mit dem Dautzsch dann eher, also nicht alle aber zu mindestens ein Großteil, mit dem Dautzsch dann eher die größeren Probleme haben, aber ich hatte ja gesagt, das Angebot in der Priorisierung noch mal Bruckdorf, Lettin und Innenentwicklung voranzutreiben und der Herr Eigendorf hatte ja auch sehr gut ausgeführt, der Dautzsch läuft uns nicht davon. Eine andere Nutzung wird sich da nicht abbilden können, weil wir ja eh mit dem Wohnen drum herum sonst immer wieder, das Wohnen ist die sensibelste Nutzung nochmal als Hinweis und ich kann nur wohnen mit wohnen am besten kombinieren. Also daher, ich selber werde es jetzt nicht rausnehmen aus meiner Beschlussvorlage, sondern ich würde den Punkt dann tatsächlich dem Stadtrat zur Entscheidung delegieren dann.

Ja, ansonsten gibt es jetzt zu den Mitbürgern nichts weiter auszuführen. Auch in dem Falle werden wir das bis zum Stadtrat nochmal ausführlich schriftlich antworten. Gut. Dann Herr Feigl, jetzt die Diskussion und ich höre, also Frau Diemer und ich hören zu und wir gucken, was wir noch mit aufnehmen können, was wir in eine gegebenenfalls weitere Fortschreibung unserer Beschlussvorlage nochmal übernehmen können und wenn ich bedarf sehe, melde ich mich zu Wort einfach.

Herr Feigl

Sehr schön, dann haben wir jetzt die Diskussionen zu den Änderungsanträgen und zu der Verwaltungsvorlage. Ich habe in folgender Reihenfolge die Wortmeldungen: Herr Eigendorf, Herr Scholtyssek und danach Herr Schied. Herr Eigendorf, bitte sehr.

Herr Eigendorf

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Rebenstorf, dass was sie ausgeführt haben, bezüglich der Fläche in Lettin, das leuchtet mir, das leuchtet uns ein. Sie haben gesagt, sie würden sich wünschen, dass wir das Ganze weniger hart formulieren. Ich würde zusagen, dass wir eine weichere Formulierung suchen, würde zu mindestens, weil mir jetzt gerade ad hoc auch nichts einfällt wie wir das am besten formulieren. Zu mindestens für heute erstmal die Formulierung so aufrecht lassen und wir würden dann im weiteren Prozess, in den weiteren Ausschussberatungen schauen, dass wir entsprechend die nachvollziehbaren Anmerkungen, die sie gemacht haben dazu aufnehmen. Vielen Dank dafür.

Herr Feigl

Danke Herr Eigendorf. Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich wollte gerne nochmal anmerken, dass wir als Stadträte ja gewählt sind, um die Stadt Halle weiterzuentwickeln, voranzubringen und wir haben es von der Verwaltung mehrfach gehört, auch schriftlich vorliegen. Wir haben das Problem, das wir in der eigentumsbildenden Generation ein Abwanderungsproblem haben, weil einfach in der Stadt Halle kein Bauland mehr vorhanden ist oder zumindest nicht in dem Umfang wie es erforderlich ist, und das wollen wir als CDU-Fraktion nicht. Wir unterstützen also diese Konzeption, dass wir nach neuen Bauflächen Ausschau halten.

Der Flächennutzungsplan hat eine sehr lange Gültigkeitsdauer, der jetzige ist von 1998. Wir müssen also wissen, dass was wir jetzt tun hat sehr langfristige Auswirkungen und deswegen unterstützen wir das auch nicht Flächen jetzt komplett zu streichen und herauszunehmen. Wir können das gerne noch mal detailliert untersuchen, wie die das beantragen, aber vielleicht kann man ja eine Formulierung finden, dass wir die Fläche nicht komplett streichen, sondern sozusagen als Reservefläche dann behandeln, die erst angefasst wird, wenn alle anderen dann erschöpft sind, oder wenn absehbar ist, dass alle anderen Flächen erschöpft sind, also wir sind da für wirklich größtmögliche Flexibilität.

Und was aus unserer Sicht überhaupt nicht geht, sind irgendwelche Ansätze den Leuten vorzuschreiben, wo und wie sie zu wohnen haben. Dagegen verwehren wir uns. Es gibt die Nachfrage nach Einfamilienhäusern, von mir aus kann es auch ein Doppelhaus sein und wenn wir das in der Stadt Halle nicht anbieten, dann werden die bauwilligen weiter ins Umland abwandern, dann haben wir als Stadt Halle überhaupt nichts gekonnt und das jetzt mit irgendwelchen leerstehenden Plattenbauten zu vergleichen, das ist ein Vergleich von Äpfel und Birnen. Das zeugt einfach nur von Unkenntnis und das sollten wir nicht tun.

Und ich möchte auch mal noch darauf hinweisen, dass wir mit dieser Konzeption für den künftigen Flächennutzungsplan, dann ja im Prinzip auch nur einen Flächentausch vornehmen. Wir haben im jetzigen Flächennutzungsplan ja bereits Flächen für den Wohnungsbau

enthalten. Sie hatten es vorhin gezeigt Herr Rebenstorf, die bislang nicht genutzt worden und auch nicht mehr genutzt werden sollen. Die werden also rausgenommen und einfach nur an anderer Stelle ersetzt. Das ist ja kein 100 Prozent Zuwachs, man muss das dann ja auch mal so betrachten, also insofern kann ich da nur darum bitten und anregen, dass man sich das wirklich nochmal ganz detailliert anschaut. Wir brauchen Bauflächen und nicht alles ist hier ein Zuwachs und dann immer mit Flächenversiegelung zu kommen. Halle ist eine relativ kleine Stadt, wenn man das vergleicht, mit anderen Oberzentren haben wir eine sehr geringe Stadtfläche. Und natürlich ist dann, wenn man etwas Neues baut die Versiegelung relativ groß im Vergleich zu der kleinen Stadtfläche, das ist doch überhaupt keine Frage. Aber wir wollen die Entwicklung und deswegen werbe ich um Zustimmung. Vielen Dank.

Herr Feigl

Dankeschön dann als nächstes Herrn Schied, dann Herrn Streckenbach und dann Frau Dr. Kreuzfeldt. Herr Schied bitte.

Herr Schied

Ja, wir hatten es ja schon an anderer Stelle gesagt, unsere Fraktion sieht dieses Vorhaben in Dautzsch auch kritisch und ich muss immer sagen, man kann das komplett streichen. Dann haben wir es nicht im Flächennutzungsplan und wenn wir es irgendwann doch mal brauchen sollten, wenn Gesetz dem Fall, und es sieht eigentlich überhaupt nicht so aus, dass wir das irgendwann mal brauchen sollten, wenn man sich mal die Bevölkerungsentwicklungsprognosen ansieht, dann kann man das immer noch machen, so ein Flächennutzungsplan hat keine Satzungswirkung und wir haben es auch schon an anderer Stelle gesehen, dass man da ein Parallelverfahren zum Bebauungsplan in ein Flächennutzungsplan ändert, wenn es denn überhaupt sein sollte. Wenn man den aber jetzt schon aufnimmt, dann denke ich mal, dann schafft man da bloß Begehrlichkeiten und ich glaube, die brauchen wir dort im Moment noch nicht.

Zu Lettin und Bruckdorf, da kommt eigentlich von uns Zustimmung, das ist für uns alles nachvollziehbar, vor allen Dingen, Bruckdorf sowieso und wir können das auch nachvollziehen, was die Verwaltung zum Thema Lettin sagt. Das hat ja auch wirklich ein bisschen was mit einer Entwicklung dort in dem Bereich Heide-Nord zu tun und könnte wirklich positive Impulse geben. Jetzt haben wir das Problem, wir hatten jetzt schon drei Änderungsanträge, wir hätten jetzt auch noch einen vierten machen können und am Ende haben wir das Problem, wir haben vier Änderungsanträge und keiner geht durch. Deshalb denke ich sollten vielleicht mal die Leute die Änderungen, die etwas geändert haben wollen an dem Ganzen, sich vielleicht doch noch mal zusammensetzen in nächster Zeit, damit man auch wirklich, nicht das wir am Ende so dastehen, dass sich gar nichts ändert und die CDU der lachende fünfte ist in dem Ganzen. Ja, soviel dazu. Deshalb werde ich mich heute erstmal enthalten.

Herr Feigl

Dankeschön, Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja vielen Dank. Ich hatte ja bereits in der letzten Sitzung die Verwaltung gelobt, weil ich die Präsentation überzeugend finde. Die ist jetzt sogar noch qualifizierter und besser geworden. Ich möchte nur kurz zu den drei Änderungsanträgen etwas sagen und auch zu dem Hinweis von Herrn Schied.

Der Änderungsantrag der Grünen, Herr Feigl, ich habe das auch schon versucht, in der letzten Sitzung zum Ausdruck zu bringen, aber auch mit ihrem Änderungsantrag dokumentieren sie aus meiner Sicht, dass wir am Bedarf vorbeiplanen würden. Herr Scholtyssek hat das ja auch ausgeführt, also dieser Antrag greift ja in keiner Weise etwas auf, was von der Verwaltung uns für die Stadtentwicklung ausgearbeitet wurde und was für die Stadtentwicklung berücksichtigt

werden sollte.

Zum Änderungsantrag der SPD, da wundere ich mich ein kleines bisschen, denn viele Punkte oder einige Punkte, die sie auch hier reingeschrieben haben, die wurden ja bereits berücksichtigt in der überarbeiteten Variante. Wenn ich jetzt mal daran denke, die Innenstadtpotenziale, die Innenstadtentwicklung, die Innenentwicklung, so rum, stärker in den Fokus zu nehmen. Das wurde ja vorhin gut dargestellt oder auch der Hinweis mit den Mehrfamilienhäusern, da wurde aus meiner Sicht, hat Herr Rebenstorf vorhin auch dargelegt, dass da kein Bedarf oder hat die Flächen ausgewiesen und gezeigt, dass da kein zusätzlicher Bedarf besteht.

Aber auch ihr Änderungsantrag schließt ja bislang bei Lettin etwas aus, was so für uns auch überhaupt nicht in Frage kommen kann. Und jetzt geht es um die Frage Dautzsch ja oder nein und da muss ich sagen und da schaue ich auch mal ein Stück weit zu Herrn Schied, wenn wir, wenn sich jetzt keiner dafür entscheiden kann, den Dautzsch mit untersuchen zu lassen beziehungsweise zu entwickeln, was ich insofern nachvollziehen kann, weil es doch sehr langfristig ist und da noch größere Untersuchungen bedarf, dann reicht ja der Änderungsantrag der Mitbürger ein Stück weit die Hand, auch wenn ich die Begründung nicht in allen Teilen nachvollziehen kann. Aber das wäre noch am ehesten etwas, worüber wir nachdenken können und worüber wir diskutieren können, über ein Prüfergebnis, was dann im Stadtrat vorgelegt wird. Aber die anderen beiden in der Form ist das für uns nicht mit tragbar.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreutzfeldt

Frau Dr. Kreutzfeldt

Ja, ich möchte gerne nochmal was klarstellen. Wir sind also überhaupt nicht gegen die Bildung von Wohneigentum, wir sind nur gegen diese Variante des freistehenden, einzelnen Eigentumshäuschens, weil das die ungünstigste Variante ist, nicht nur für den Flächenverbrauch, sondern auch energetisch ist es ungünstig, es ist für die Entwicklung ungünstig, es ist sozial ungünstig, weil es eine Isolierung darstellt. Wir möchten, wenn auf diesen Flächen, wie gesagt Bruckdorf beispielsweise aber auch in der Innenstadt, dass dort diese Verdichtung stattfindet, kleinere Grundstücke, bessere Zuschnitte, sowas wie am Wasserturm-Süd sollte uns nicht wieder passieren, das ist kein attraktives Wohngebiet. Zum anderen, wenn jemand ein Eigenheim möchte, dann möchte der da einen Garten dran und das können wir hier nicht bieten in der Stadt, weil wir nicht genug Fläche haben, deswegen wird es immer Leute geben, die auch aus anderen Gründen ins Umfeld, also in den Saalekreis oder wohin auch immer hinziehen, weil die wollen aufs Land und das können wir hier nicht bieten.

Wir können auch mit den Grundstückspreisen nicht konkurrieren. Das was wir bieten können, ist die urbane Struktur und es ist ein attraktives Wohnumfeld und attraktive Wohnungszuschnitte. Wer sagt uns denn, das junge Familien lieber in so ein freistehendes Eigenheim ziehen, als in ein Quartier wo sie eine gut geschnittene, grüne, gut gelegene Eigentumswohnung erwerben können, die groß genug ist, die individuell ist und das sind unsere Prioritäten. Also wir sind ja nicht dagegen, dass die Leute ihr Eigentum erwerben, weil das immer so ein bisschen überkommt und uns auch von der CDU vorgeworfen wird. Nein, wir wollen den Leuten gar nichts vorschreiben, wir wollen ihnen attraktive Angebote machen, die sie dann auch in der Stadt so annehmen, wie sie entwickelt werden. Und wenn wir uns das angucken, was jetzt an innerstädtischen Wohngebieten entsteht, dann ist jede Menge attraktiver Wohnraum, der jetzt schon gebaut ist, den wir schon beschlossen haben und deswegen würden wir erstmal bei unserem Antrag bleiben und aber gerne dann nochmal mit den anderen Fraktionen drüber reden, wie wir zu einem gemeinsamen Änderungsantrag kommen. Dankeschön.

Herr Feigl

Als nächsten habe ich Herrn Dr. Ernst, danach habe ich mich selbst nochmal draufgesetzt und dann Herr Sehrndt. Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Wir können die Intention, was die SPD jetzt gesagt hatte und auch die Grünen, Frau Kreuzfeldt, schon prinzipiell gut nachvollziehen, dass halt der Wunsch, gerade auch in der Stadt, da Wohnraum in Mehrfamilienhäusern zu konzentrieren und da auch zu verdichten sicherlich der sinnvolle Weg ist. Obgleich die Entscheidung von den Bürgern in der Stadt, so wie wir das jetzt so erfahren haben auch im Umfeld dann trotzdem der Wille da ist Einfamilienhäuser dann auch zu erwerben und darin zu leben und das dann auch so zu nutzen und wir haben ja einige Beispiele, beispielsweise im Süden da von Halle, in Ammendorf, das sind Reihenhäuser schon verkauft noch bevor das offiziell so bekannt gegeben wurde, also die Nachfrage ist so groß und wir können das auch das, was Herr Rebenstorf da auch gesagt hatte, aus unserer Sicht sollten wir nicht die Bürger da aus der Stadt herauslassen und dass sie dann den Druck erfahren, beispielsweise im Saalekreis dann da ihr Grundstück zu erwerben, sondern das oberste Ziel sollte es sein, dass hier dann auch die Bürger in der Stadt zu behalten und ich denke das ist mit dem hier vorgestellten Plan doch sehr gelungen. Eine Frage, die wir auch letzte Woche im Stadtrat diskutiert hatten, Herr Feigl, sie hatten da auch so den Finger schon mal hochgehoben, ist die Sache zu der Novellierung des, jetzt muss ich schauen, ob ich es richtig zusammen... Baulandmobilisierungsgesetzes, was jetzt kürzlich auf Bundesebene erbracht wurde. Wir hätten da gerne noch mal ein sauberes Statement der Verwaltung, inwiefern dass jetzt diese Novellierung Einfluss hat auf dem was wir jetzt heute hier diskutieren.

Herr Feigl

Dann, ich gucke gerade zu Herrn Rebenstorf, wollen sie dazu gleich was sagen, das wäre nett.

Herr Rebenstorf

Ja, ich muss jetzt noch mal Frau Winkler zeigte jetzt gerade was. Nochmal ganz kurz Herr Dr. Ernst war das... das war eine Anfrage glaube ich gewesen vom letzten Mal oder. Ein Antrag, ein Antrag war das.

Herr Dr. Ernst

Ein Antrag genau, was dann diskutiert wurde und wir hatten das dann auch, also in der Diskussion heraus kamen, hatte man sieht auch so verständigt, dass man das heute im, zumindest haben wir das so mitgenommen, dann auch nochmal thematisieren wollten. Also ohne jetzt auf diesen Antrag selbst einzugehen, sondern welchen Einfluss hat diese Novellierung.

Herr Rebenstorf

Ok, Frau Diemer sagt mir gerade, wir waren dann so verblieben, dass wir im September darüber berichten, das wir jetzt die Zeit haben uns entsprechend darauf vorzubereiten, weil sonst wäre es jetzt bei mir hier gewesen und... stimmt, das ist so und wir kommen im September dann im Planungsausschuss damit.

Herr Dr. Ernst

Vielleicht noch eine Rückfrage Herr Feigl.

Herr Feigl

Ja, bitte.

Herr Dr. Ernst

Genau, also wir sehen es jetzt kritisch, wenn da jetzt Elemente mit enthalten sind, die dem,

was wir jetzt heute im Ausschuss beraten und dann auch Ende Juli im Stadtrat beschließen wollen, dass es da konträre Entwicklungen gibt, die wir jetzt so in der Form nicht vorhersehen können.

Herr Feigl

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ok, Moment. Frau Diemer sagt mir gerade nochmal, wir sind auf der FNP-Ebene und nicht auf der B-Plan Ebene. Dann machen wir das so, ich werde ihnen eine kurze Stellungnahme entweder schriftlich jetzt noch nachreichen, aber spätestens zum Stadtrat dann. Also vermutlich in irgendeiner Form der Beantwortung werde ich das mit einbinden können, wenn nicht, gibt es da einen separaten Textbaustein. Aber der Hinweis von Frau Diemer war noch mal richtig, nicht verwechseln, FNP-Ebene und B-Plan Ebene.

Ich weiß, dass das schwierig ist, das war auch in den persönlichen Gesprächen immer so, dass man schon sehr weit runtergebrochen ist, bis hin zur Gartengestaltung oder zur Architektur. Das ist noch ganz weit weg auf der Ebene, wo wir hier gerade diskutieren, aber wir gucken, dass wir da zu mindestens eine Teil Info ihnen noch mit auf den Weg geben können. Dankeschön.

Herr Feigl

Ok, sie kriegen noch eine Aussage dazu und als nächsten habe ich mich auf die Rednerliste gesetzt. Danach kommt Herr Sehrndt und danach Herr Eigendorf.

Eins, zwei Bemerkungen zu dem was hier gesagt wurde. Einmal wurde uns Unkenntnis vorgeworfen und auf der anderen Seite der Bedarf der zu befriedigen ist. Ich bitte Sie doch an dieser Stelle sachlich die Zahlen sich vorzunehmen und sich einfach angucken, was in dieser Vorlage drinsteht. Über das, was wir über das, worüber wir konträr diskutieren, ist ein Bereich, ein Drittel im Eigenheimsiedlungssegment, ein Drittel. Zwei Drittel stehen ohnehin im aktuellen Flächennutzungsplan drüber, der wird hier, was ich auch eher schwierig finde, aber der wird in dieser Vorlage gar nicht berührt, diese zwei Drittel.

Bedarf, natürlich besteht in Manhattan zum Beispiel auch ein Bedarf, ein potenzieller Bedarf an Einfamilienhäuser, den werden sie an dieser Stelle nie befriedigen können. Es gibt einfach Städte, die unterschiedliche Voraussetzungen haben und die Voraussetzung, die wir in Halle haben, das ist nicht Manhattan selbstverständlich nicht, aber die Voraussetzungen, die wir haben, sind ungleich schlechter als für den Einfamilienhausbau als im Saalekreis. Das ist nun mal so und darauf müssen wir reagieren und darauf zielen wir eben auch ab, dass wir sagen wir müssen mit den Flächen, mit den wenigen Flächen, die wir haben, müssen wir wirklich sparsam und verantwortungsvoll umgehen, das ist unser Ansatz. Das heißt nicht, dass wir den Leuten irgendwie vorschreiben sollen, wie sie leben. Wir wollen ihnen Angebote machen, andere Angebote machen und ich bitte Sie auch noch mal genau auf die Zahlen zu gucken.

Uns wurde ja dargestellt, wie die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren so ist und aus dieser Bevölkerungsprognose ergibt sich ein Zuwachs an X Bewohner und wenn sie das gegenüberstellen zu den, was hier allein im Geschosswohnungsbau jetzt schon beschlossen ist, jetzt schon auf den Weg gebracht ist, da übererfüllen wir genau diesen Bedarf schon. Und darauf müssen wir reagieren. Und das wird in dieser Vorlage eben überhaupt nicht gemacht, das ist unsere Hauptkritik an dieser Stelle. Es könnte natürlich auch so aussehen, dass wir sagen, von den Projekten, die wir auf den Weg gebracht haben, müssen wir das eine oder andere noch mal überdenken und müssen einfach sagen, wenn wir diese alle bauen, die wir im Moment in der Pipeline haben, dann haben wir einfach zu viel und schaffen uns zusätzlichen Leerstand, der wiederum uns in eine schwierige Situation bringt. Auch das könnte ein Ansatz sein, aber auch diese wird hier nicht gewählt. Aber wir müssen einfach die Zahlen

zur Kenntnis nehmen und aus diesen Zahlen in Handlung ableiten. Dahin zielen wir im Grunde genommen und dann sagen wir, so wie es im Grunde genommen in der Vorlage auch schon im textlichen Teil mehrfach erwähnt wird, die Innenentwicklung, das ist eigentlich der Kernpunkt unserer Stadtentwicklung. Das steht im ISEK drin, das steht in dieser Vorlage drin, das wird auch, wurde auch in den ganzen Statements hier gebracht und wenn wir das wirklich ernst nehmen wollen, dann müssen wir auch danach handeln und nicht einfach nur sagen, ja das ist uns wichtig, das sollte man machen, aber am Ende wird dann im Speckgürtel dann doch wieder die Fläche ausgewiesen. Wir müssen einfach zu denen, was wir als Ergebnisse einer Entwicklung auch wirklich rausgearbeitet haben, zu denen müssen wir auch wirklich stehen und dann müssen wir auch wirklich, wirklich danach handeln. Deshalb bitte ich Sie alle, gucken Sie sich die Zahlen an und ziehen sie dann ihre Schlüsse dann daraus, dass wir nicht einfach, also die Wohnflächen sowie in der Vorlage dargestellt aufzunehmen, in den einen so wie in den anderen Bereich. Wir müssen an dieser Stelle Prioritäten setzen. Soweit mein Statement dazu. Als nächstes habe ich Herrn Rebenstorf kurz und dann Herrn Sehrndt und danach Herr Eigendorf. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ich will ich nicht vordrängeln, aber Verwaltung darf immer gerne noch mal Hinweise geben. Ganz kurz noch mal zum Thema, welche Flächen fallen weg, das hatte ich vorhin glaube nicht so deutlich gesagt. Reideburg-Ost sehe ich im neuen Flächennutzungsplan nicht mehr und das ist eine nicht unerhebliche Fläche. Hat was mit, genau Frau Dimer sagt was mit 35 Hektar und die klappte immer bei uns gedanklich nach innen, sprich in Richtung Dautzsch. Das passte etwa vom Flächenvergleiche auch. Hat hauptsächlich was damit zu tun, Nähe zur Autobahn und potentielle Flächen für Gewerbe, das vielleicht noch als Hinweis zu den Ausführungen von Herrn Feigl von vorhin.

Flächenverbrauch, wir werden, wenn wir nochmal ein großflächiges Gewerbegebiet wie StarPark 2 auf den Weg bringen, das sind irgendwas bei 150-200 Hektar es nicht im eigenen Stadtgebiet abbilden können. Deswegen ein interkommunales, mit dem Saalekreis zusammen und daher fällt diese sehr sehr große Fläche nicht in unserer Bilanz mit rein.

Zur Einwohnerprognose noch mal, ich muss noch mal drauf hinweisen, es geht hier nicht ausschließlich darum, einen Mehrbedarf an Wohnraum abzubilden, weil wir jetzt, weiß ich nicht 10.000 Einwohner hinzugewinnen. Es geht darum, die Qualität zu differenzieren und das gilt sowohl für den Geschosswohnungsbau im Neubau als auch für den Plattenbau, der ebenfalls qualifiziert werden muss. Und wenn man das gut hinkriegt, kriegt man das perspektivisch und Stadtumbau ist ein langer Prozess, der geht jetzt 20 Jahre und der wird noch mal mindestens 20 Jahre gehen. Also Stadtumbau, noch mal für alle, ist die Umstrukturierung der Plattenbaugebiete das wird noch mal weitergehen und dann kriegt man die Parallelität eines Tages hin.

Und weil eben das Wort Speckgürtel gefallen ist, also Lettin oder Bruckdorf oder selbst Dautzsch ist für mich nicht Speckgürtel der Stadt. Speckgürtel ist tatsächlich das, was außerhalb der Stadtgrenzen ist, wo ich nicht mit einem hervorragenden Angebot an Infrastruktur kommen kann. Denn nur wir sind als Stadt in der Lage, nehmen wir mal ÖPNV, Verkehr ist ja das wichtigste. Wir haben darauf geachtet, dass alle drei Großstandorte, Bruckdorf hat eine S-Bahnen, die sehr gut ausgebaut ist, das war vor 25 Jahren so nicht absehbar, dass die mitteldeutsche S-Bahn in der Qualität kommt. Selbst Dautzsch ließe sich durch eine Verlängerung der Straßenbahnlinie sieben sehr gut, noch an den schienengebundenen ÖPNV, weil nur der ist hochleistungsfähig. Und bei Lettin denke ich mal ist bekannt, Straßenbahnneubaustrecke nach Heide-Nord würde das ebenfalls abbilden und das sind die Standortvorteile die wir gegenüber dem klassischen Speckgürtel haben, wo der Bus dann im ländlichen Raum, im Saalekreis vielleicht mal alle zwei Stunden fährt.

Und wir haben die kurzen Wege, trotz alledem auch mit dem Fahrrad zur sozialen Infrastruktur,

Schule, Kindergarten und so weiter und sofort. So das noch mal von mir zur Ergänzung und dann jetzt weiter in der Diskussion.

Herr Feigl

Herr Sehrndt bitte.

Herr Sehrndt

Ja, ich möchte nur, kurze Bemerkungen dazu, wir halten den Vorschlag der Verwaltung für, aus den gegebenen Umständen geeignet, gut geeignet und wir werden alle drei Änderungsanträge ablehnen und dann ist mein Statement schon wieder beendet.

Herr Feigl

Schön dass es so schnell geht Herr Eigendorf bitte.

Herr Eigendorf

Ja es geht schnell, wenn man keine Argumente. Ich möchte aber mich doch etwas länger fassen und erstmal auf das Statement von Herrn Streckenbach eingehen. Herr Streckenbach ich glaube soweit sind wir ja gar nicht voneinander entfernt, ich sehe das irgendwie auch als Kompliment, wenn der einzigen Kritik an unserem Änderungsantrag ist, dass wir das was Herr Rebenstorf heute geändert haben, in der letzten Woche noch nicht in unserem Änderungsantrag mit einpflegen könnten, sehe ich da zumindest keine großen Differenzen. Dass was sie bezüglich Lettin gesagt haben, Herr Streckenbach, da sind wir auch nicht so weit auseinander in der Tat, das was Herr Rebenstorf jetzt nochmal ausgeführt hat ist ja durchaus sinnvoll und werden wir auch berücksichtigen. Beim Thema Dautzsch gebe ich auch ehrlich gesagt jetzt nach der Diskussion die wir dazu haben zu, bin ich immer noch nicht so richtig überzeugt, dass das am Ende des Tages der richtige Weg ist. Ich sehe das da ähnlich wie der Kollege Schied, dass es durchaus möglich jetzt erstmal den Flächennutzungsplan so zu beschließen und wenn wir in vielen Jahrzehnten feststellen wir brauchen den Dautzsch doch, gibt es ja immer noch die Möglichkeit das Ganze zu ändern, aber da würde ich auch die Anregung, sie kam glaube auch von Herrn Schied aufnehmen, dass sich die Änderungsantrag stellenden Fraktionen nochmal miteinander austauschen wo eventuell Gemeinsamkeiten sind, die auch dazu führen das Verfahren ein bisschen, ein bisschen aufzulockern.

Ich würde gleich sagen, weiß jetzt nicht wie lang die Redeliste ist, ich würde aber vorsorglich schon mal die Abstimmung nach Einzelpunkten beantragen. Ich weiß, dass das gerade in dem Verfahren, wie wir hier online Tagen aufwendig ist. Ich halte das trotzdem für notwendig, dass wir hier aus dem federführenden, zuständigen Fachausschuss ein Votum zu den einzelnen Punkten haben, die es eben dann auch ermöglichen fortlaufend Bezugnahme auch auf den kommenden Ausschussberatungen noch zu schauen, wo gibt's, wo ist was mehrheitsfähig, wo muss man nochmal miteinander reden und deswegen halte ich es für sinnvoll, das wir uns jetzt eben doch den Aufwand geben und beantrage daher eine Abstimmung der Änderungsanträge nach Einzelpunkten. Vielen Dank.

Herr Feigl

Danke Herr Eigendorf, das hätte ich auch vorgeschlagen, von daher haben sie meine Zustimmung an dieser Stelle. Ich sehe jetzt, wenn Herr Sehrndt noch seine Hand runternimmt, die da noch steht und Herr Eigendorf auch, sehe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich gucke nochmal in die Runde, gibt es noch Anmerkung? Das ist nicht der Fall, dann können wir in das komplizierte und langwierige Abstimmungsprozedere einsteigen. Alle noch mal ordentlich durchatmen. Es wird jetzt ein kleiner Marathon werden.

Wir kommen zunächst, also ich würde vorschlagen, wenn jetzt keine Widerrede dazu ist, dass wir die Änderungsanträge in der Reihenfolge, wie wir sie behandelt haben, wir diese auch abstimmen und ich jetzt keine Priorisierung für weitestgehend oder weniger weitestgehend vornehme. Gibt es von ihrer Seite, da Einsprüche, das sehe ich nicht. Und dann würde ich mit

dem SPD Antrag beginnen und die einzelnen Punkte aufrufen.

Wir sind bei dem ersten Anstrich. Sie haben es alle vor sich. Ich würde jetzt immer nur die einzelnen Punkte ansagen und nicht die Änderungen vorlesen, damit wir ein bisschen schneller durchkommen, wenn das so in Ordnung ist. Auch da sehe ich kein Widerspruch. Also Änderungsvorschlag der SPD, erste Anstrich, die sachkundigen Einwohner Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sommer.

Herr Sommer
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Dreher.

Herr Dreher
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Kresse.

Herr Kresse
Ablehnung.

Herr Feigl
Herr Hartwig.

Herr Hartwig
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Vetter.

Herr Vetter
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Kautz

Herr Kautz
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sprung.

Herr Sprung
Enthaltung.

Herr Feigl

Die Stadträtinnen und Stadträte. Frau Krimmling-Schoeffler

Frau Krimmling-Schoeffler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Nein.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Nein.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ja.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Nein.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Ernst.

Herr Dr. Ernst

Nein.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme zu. Dreimal ja, fünfmal Nein und dreimal Enthaltung. Damit wäre das abgelehnt. Der zweite Anstrich.

Herr Schied

Kann ich nur ganz kurz.

Herr Feigl

Ja, Herr Schied.

Herr Schied

Wenn wir jetzt alles, alle drei Änderungsanträge in EinzelpunktAbstimmung abstimmen da kann es ja passieren, dass wir dann irgendwann mehrere Punkte mit ja, also gleiche Punkte, gleiche Voten, die sich dann vielleicht irgendwie miteinander beißen. Also irgendwie sehe ich da eventuell ein Problem auf uns zukommen.

Herr Feigl

Ich habe keine Lösung für dieses Problem muss ich zugeben. Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Herr Vorsitzender, darf ich ... vielen Dank Herr Vorsitzender, ich glaub eben, dass das kein Problem ist, weil wir jetzt schon mal sehen wie die Tendenz im Planungsausschuss ist. Wir sind kein beschließender, sondern nur ein beratender Ausschuss, jetzt ist das noch nicht dramatisch, aber wir sorgen jetzt durch die Abstimmung die wir hier machen dafür, dass uns genau dieses Problem eben im Stadtrat nicht passiert, das wir da nicht eventuell solche Beschlüsse haben und deswegen ist das jetzt hier sozusagen eine vorbereitende Maßnahme für den Stadtrat. Da dann eben Zeit zu sparen und dass dort hinzubekommen, aus meiner Sicht.

Herr Feigl

In diesem Sinne würde ich weiterverfahren. Ich mach jetzt einfach weiter und wir nehmen das jetzt als Stimmungsbild in die weitere Bearbeitung der Änderungsanträge mit rein und haben dann die Aufgabe bis zum Stadtrat, das eine oder andere vielleicht zu vereinheitlichen oder auch nicht. Der zweite Anstrich, Herr Gernhardt?

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse
Ablehnung.

Herr Feigl
Herr Hartwig.

Herr Hartwig
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Vetter.

Herr Vetter
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Kautz

Herr Kautz
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sprung.

Herr Sprung
Enthaltung.

Herr Feigl
Frau Krimmling-Schoeffler

Frau Krimmling-Schoeffler
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach
Nein.

Herr Feigl
Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Nein.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreutzfeldt.

Frau Dr. Kreutzfeldt
Ja.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Nein.

Herr Feigl

Frau Winkler. Frau Winkler, ihr Mikrofon ist nicht an.

Frau Winkler

Ich stimme zu. Ich bitte aber, wenn sie die sachkundigen Einwohner durchgeorgelt haben, dass sie dann bitte das Ergebnis nochmal... bevor wir anderen Stadträte da, ja? Das wäre nett.

Herr Feigl

Ja, das ist mir auch aufgefallen, ich sag das noch an.

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Ja.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Nein.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme zu. Sie haben recht, ich muss natürlich die, das Votum der sachkundigen Einwohner vorher ansagen. Mehrheitlich abgelehnt von den sachkundigen Einwohnern... von den Stadträten mehrheitlich abgelehnt, aber die sachkundigen Einwohner mehrheitlich zugestimmt. Das war beim ersten Mal glaube ich auch so, beim ersten Anstrich mit ... mit Patt abgelehnt, beim ersten Anstrich. Wir kommen zum dritten Anstrich, Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Herr Vorsitzender, ich bin jetzt nicht in der Lage den Inhalt dieses dritten Anstrichs präzise zu erfassen. Vielleicht können sie doch nur mit einem Stichwort sagen, es handelt sich um dies oder jenes. Danke.

Herr Feigl

Diese Prüfung der Entwicklungspotenziale ist abzuwarten, bevor die großflächigen Eigenheimstandorte in Lettin-Süd in den Entwurf des FNP aufgenommen werden.

Herr Sommer

Dankeschön, da kann ich zustimmen.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kautz

Herr Kautz

Ablehnung.

Herr Feigl

Herr Sprung.

Herr Sprung

Ablehnung.

Herr Feigl

Mehrheitlich zugestimmt. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Nein.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Ablehnung.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreutzfeldt.

Frau Dr. Kreutzfeldt
Ja.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Nein.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Nein.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst
Nein.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark
Nein.

Herr Feigl
Und ich stimme zu. Das wäre mehrheitlich abgelehnt. Die Anstriche vier und fünf sind nicht geändert. Im fünften Anstrich haben wir dann die Stadt Halle identifiziert Teile der im Konzept ausgewiesenen käuflichen Eigenheimstandorte die im zukünftigen Flächennutzungsplan als Flächenpool Ökokonto ausgewiesen werden und so weiter und sofort. Wer kann den zustimmen, Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sommer.

Herr Sommer
Nein.

Herr Feigl
Herr Dreher.

Herr Dreher
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Kresse.

Herr Kresse
Nein.

Herr Feigl
Herr Hartwig.

Herr Hartwig
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Vetter.

Herr Vetter
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Kautz

Herr Kautz
Nein.

Herr Feigl
Herr Sprung. Herr Sprung.

Herr Sprung
Nein hatte ich gesagt, jetzt gehört?

Herr Feigl
Jetzt ist es angekommen, Dankeschön. Das wäre mehrheitlich abgelehnt und die Stadträtinnen und Stadträte, Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach
Nein.

Herr Feigl
Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Nein.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Nein.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Nein.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst
Nein.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark
Nein.

Herr Feigl
Und ich stimme dem auch zu. Das wäre mehrheitlich abgelehnt und wir sind im Anstrich sieben. Die Stadt Halle identifiziert alternative Möglichkeiten der Schaffung und Attraktivierung von Wohnraum in Mehrfamilienhäusern und so weiter und so fort, Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sommer.

Herr Sommer
Nein.

Herr Feigl
Herr Dreher.

Herr Dreher
Ja.

Herr Feigl
Herr Kresse.

Herr Kresse
Nein.

Herr Feigl
Herr Hartwig.

Herr Hartwig
Ja.

Herr Feigl
Herr Vetter.

Herr Vetter
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Kautz

Herr Kautz
Ja.

Herr Feigl
Herr Sprung.

Herr Sprung
Ja

Herr Feigl
Das wäre mehrheitlich zugestimmt und die Stadträtinnen und Stadträte, Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler
Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach
Nein.

Herr Feigl
Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Nein.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt
Ja.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Nein.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Nein.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst
Nein.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark
Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme dem auch zu. Mehrheitlich abgelehnt, dann sind wir beim achten Anstrich.
Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sommer.

Herr Sommer
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Dreher.

Herr Dreher
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Kresse.

Herr Kresse
Nein.

Herr Feigl
Herr Hartwig.

Herr Hartwig
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Vetter.

Herr Vetter
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Kautz

Herr Kautz
Nein.

Herr Feigl
Herr Sprung.

Herr Sprung
Nein.

Herr Feigl
Mit Patt wäre das abgelehnt und Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler
Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach
Nein.

Herr Feigl
Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Nein.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt
Ja.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Nein.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Nein.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst
Nein.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark
Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme dem auch zu. Das wäre mehrheitlich abgelehnt und wir sind wir beim Punkt neun. Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Nein.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kautz

Herr Kautz

Nein.

Herr Feigl

Herr Sprung.

Herr Sprung

Nein.

Herr Feigl

Mit Patt wäre das abgelehnt. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach
Nein.

Herr Feigl
Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Nein.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt
Ja.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Nein.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Nein.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst
Nein.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark
Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme dem zu. Das wäre mehrheitlich abgelehnt. Dann sind wir mit dem Änderungsantrag der SPD durch und kommen zu 4.1.2., der Änderungsantrag von Bündnis90/die Grünen, da sind es nur drei Anstriche. Hier auch wieder eine Einzelabstimmung, wir beginnen mit dem ersten Beschlusspunkt oder den ersten Anstrich. Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Nein.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Nein.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kautz.

Herr Kautz

Nein.

Herr Feigl

Herr Sprung.

Herr Sprung

Nein.

Herr Feigl

Das wäre mehrheitlich abgelehnt. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Nein.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Nein.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ja.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Nein.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Nein.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Nein.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme zu. Damit wäre das mehrheitlich abgelehnt. Wir kommen zum Anstrich zwei.
Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Nein.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kautz.

Herr Kautz

Nein.

Herr Feigl

Herr Sprung.

Herr Sprung

Nein.

Herr Feigl

Damit wäre das mehrheitlich abgelehnt. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Nein.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Nein.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ja.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Nein.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Nein.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Nein.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme zu, damit hätten wir das mehrheitlich abgelehnt und wir sind beim dritten Anstrich. Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Nein.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Kautz.

Herr Kautz

Nein.

Herr Feigl

Herr Sprung.

Herr Sprung

Nein.

Herr Feigl

Das wäre mit Patt abgelehnt. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Nein.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ablehnung.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ja.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Nein.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Nein.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Nein.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme zu, dann wäre das auch mehrheitlich abgelehnt und wir kommen zum Punkt, zum Änderungsantrag MitBürger/die Partei, da haben wir bloß eine Änderung. Dann frag ich wer kann diesen Änderungsantrag folgen. Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Ja.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Ja.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Ja.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Nein.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Ablehnung.

Herr Feigl

Herr Kautz.

Herr Kautz

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sprung.

Herr Sprung

Enthaltung.

Herr Feigl

Dem wäre mehrheitlich zugestimmt. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Enthaltung.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Enthaltung.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Nein.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Ja.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst
Ja.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Feigl

Und ich enthalte mich auch. Damit wäre dem mehrheitlich zugestimmt, der kleinste gemeinsame Nenner. Dann haben wir eine so geänderte Beschlussvorlage, die wir auch nochmal durchgehen müssen. Wer der so geänderten Beschlussvorlage zustimmen kann, den bitte ich um sein Votum. Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sommer.

Herr Sommer

Ja.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Ja.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Kautz.

Herr Kautz

Ja.

Herr Feigl

Herr Sprung. Herr Sprung.

Herr Sprung

Ja.

Herr Feigl

Jetzt hat es geklappt. Einstimmig zugestimmt, mit vielen Enthaltungen. Und wir kommen zu den Stadträtinnen und Stadträten. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Enthaltung.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Ja.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Ja.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Ja.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Ja.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Feigl

Und ich stimme dem nicht zu. Das wäre mehrheitlich zugestimmt. So jetzt einmal ordentlich durchatmen, dann haben wir diesen Tagesordnungspunkt hinter uns gebracht.

-Ende Wortprotokoll-

**zu 4.1 Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02205**

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt die in der Anlage vorgelegte Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) als Grundlage für die Ausweisung von Wohnbauflächen im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan und als Entscheidungsgrundlage für Wohnungsbauprojekte.
2. Die Stadt Halle (Saale) nimmt die obere Variante der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2020 – 2040 als Grundlage für den Flächennutzungsplan. Dementsprechend wird die Flächenvorsorge für den Wohnbauflächenbedarf im Mehrfamilienhaus- und Eigenheimsegment von der oberen Prognosevariante abgeleitet.
3. Die Stadt Halle (Saale) mobilisiert prioritär Innenentwicklungsflächen, um die Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich zu minimieren. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, weitere Innenentwicklungspotenziale vertieft auf ihre Eignung zu prüfen. Dazu zählen insbesondere, nicht mehr benötigten Gewerbeflächen, Stadtumbauflächen und anderen Baubereichen, die durch Flächenrecycling als Wohnbauflächen nutzbar gemacht werden könnten.
4. Die Stadt Halle (Saale) weist im erforderlichen Umfang unter Beachtung stadtklimatischer und freiraumplanerischer Aspekte auch Flächen im Außenbereich für das Eigenheimsegment im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan aus. Dabei wird auf eine verdichtete Bauweise gesetzt, um die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren.
5. Die Stadt Halle (Saale) strebt zur Deckung des Bedarfs an Bauflächen im Eigenheimsegment auch die Entwicklung großflächiger Eigenheimstandorte an. Es sollen neue Stadtquartiere mit urbanen Qualitäten wie ÖPNV-Anbindung, infrastruktureller Ausstattung, hoher Qualität des öffentlichen Raums entstehen und dabei Ressourcen und Kosten effizient eingesetzt werden.
6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
 - für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen.
 - die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche

hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen, - die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch-Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und **das Prüfergebnis dem Stadtrat gemeinsam mit der Beschlussvorlage zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) vorzulegen** ~~im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.“~~

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) (VII/2021/02205)**
Vorlage: VII/2021/02883

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat bestätigt die in der Anlage vorgelegte Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) als Grundlage für die Ausweisung von Wohnbauflächen im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan und als Entscheidungsgrundlage für Wohnungsbauprojekte. **Die Reserven des Flächennutzungsplanes sind konsequent auszunutzen, bevor die Bebauung neuer Flächen erfolgt.**
2. Die Stadt Halle (Saale) nimmt die obere Variante der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2020 – 2040 als Grundlage für den Flächennutzungsplan. Dementsprechend wird die Flächenvorsorge für den Wohnbauflächenbedarf im Mehrfamilienhaus- und Eigenheimsegment von der oberen Prognosevariante abgeleitet. **Die im ISEK enthaltenen Ziele zur Stärkung der kompakten funktionsgemischten Stadt mit kurzen Wegen (Innenentwicklung), aber auch zur sozial gerechten Wohnungsmarktentwicklung und guter Bevölkerungsmischung (Vermeidung soziale Segregation) haben dabei oberste Priorität.**
3. Die Stadt Halle (Saale) mobilisiert prioritär Innenentwicklungspotenziale, um die Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich zu minimieren. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, weitere Innenentwicklungspotenziale vertieft auf ihre Eignung zu prüfen. Dazu zählen insbesondere, nicht mehr benötigten Gewerbeflächen, Stadtumbauflächen und anderen Baubereichen, die durch Flächenrecycling als Wohnbauflächen nutzbar gemacht werden könnten. **Diese Prüfung der Innenentwicklungspotenziale ist abzuwarten, bevor die großflächigen Eigenheimstandorte in Lettin Süd in den Entwurf des neuen FNP aufgenommen werden.**
4. Die Stadt Halle (Saale) weist im erforderlichen Umfang unter Beachtung stadtklimatischer und freiraumplanerischer Aspekte auch Flächen im Außenbereich für das Eigenheimsegment im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan aus. Dabei wird auf eine verdichtete Bauweise gesetzt, um die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren.

5. Die Stadt Halle (Saale) strebt zur Deckung des Bedarfs an Bauflächen im Eigenheimsegment auch die Entwicklung großflächiger Eigenheimstandorte an. Es sollen neue Stadtquartiere mit urbanen Qualitäten wie ÖPNV-Anbindung, infrastruktureller Ausstattung, hoher Qualität des öffentlichen Raums entstehen und dabei Ressourcen und Kosten effizient eingesetzt werden.
6. Die Stadt Halle (Saale) identifiziert Teile der im Konzept ausgewiesenen großflächigen Eigenheimstandorte, die im zukünftigen Flächennutzungsplan als Flächenpool /Ökokonto ausgewiesen und entwickelt werden können. Diese Flächen könnten als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Bauvorhaben genutzt werden und auch für andere Vorhabenträger, die Eingriffe verursachen, geöffnet werden. Damit kann die Stadt Halle (Saale) ihre Aufwendungen für die ökologische Aufwertung dieser Flächen teilweise refinanzieren.
7. Die Stadt Halle (Saale) identifiziert alternative Möglichkeiten der Schaffung und Attraktivierung von Wohnraum in Mehrfamilienhäusern. Eine besondere Rolle soll dabei eine Kampagne für Eigentumswohnungen und zur Bekanntmachung der Möglichkeiten zur Bildung von Baugemeinschaften innehaben.
8. 6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
 - für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen
 - die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen. **Dabei ist das Ergebnis der Prüfung der Innenentwicklungsflächen zu berücksichtigen (siehe Punkt 3). Es wird das Ziel angestrebt, das Maß der Flächenausweisung auf die derzeit im FNP ausgewiesene Fläche zu beschränken.**

9. Folgender Punkt wird gestrichen

- ~~die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.~~

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
 Beschlussvorlage "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt
 Halle (Saale)" (VII/2021/02205)
 Vorlage: VII/2021/02884**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:
 „1. Der Stadtrat ~~bestätigt~~ **nimmt** die in der Anlage vorgelegte Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) als Grundlage für die Ausweisung von Wohnbauflächen im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan und als Entscheidungsgrundlage für Wohnungsbauprojekte **zur Kenntnis.**“
2. Beschlusspunkte 4 und 5 werden gestrichen.

3. Beschlusspunkt 6 wird geändert und erhält folgende Fassung:

„6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
- für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen. **Bei der Planung sind im Sinne einer dichteren Bebauung Doppel- bzw. Reihenhäuser gegenüber einzelstehenden Einfamilienhäusern zu bevorzugen.**
~~— die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen,
— die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch-Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.“~~

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur
Beschlussvorlage "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt
Halle (Saale)" (VII/2021/02205)
Vorlage: VII/2021/02887**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Beschlusspunkt 6 wird geändert und erhält folgende Fassung:

„6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
- für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen.
- die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen,
- die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch-Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und **das Prüfergebnis dem Stadtrat gemeinsam mit der Beschlussvorlage zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) vorzulegen** im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.“

zu 4.2 **Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-
Gangleitungen Kreuzerstraße
Vorlage: VII/2021/02387**

Da es keine Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** um die Abstimmung im Block der TOP 4.2 bis 4.4.

zu 4.2 **Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-
Gangleitungen Kreuzerstraße
Vorlage: VII/2021/02387**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt, die Ablösung von I-Gangleitungen auf der Silberhöhe, mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 186.738,16 Euro (netto) aus dem Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung, Programmbereich: Aufwertung“, zu fördern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Fördervereinbarung in Höhe der förderfähigen Kosten, jedoch begrenzt auf maximal 186.738,16 Euro (netto) zu schließen.

**zu 4.3 Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-Gangleitungen Wernigeröder Straße bis Zeitzer Straße
Vorlage: VII/2021/02388**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt, die Ablösung von I-Gangleitungen auf der Silberhöhe, mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 235.380,00 Euro (netto) aus dem Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung, Programmbereich: Aufwertung“, zu fördern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Fördervereinbarung in Höhe der förderfähigen Kosten, jedoch begrenzt auf maximal 235.380,00 Euro (netto) zu schließen.

**zu 4.4 Förderung Anpassung Trinkwasserverteilungsnetz Südstadt –
Amsterdamer Straße bis Paul-Suhr-Straße
Vorlage: VII/2021/02390**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt, die Ablösung von I-Gangleitungen in der Südstadt, mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 250.300,00 Euro (netto) aus dem Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung, Programmbereich: Aufwertung“, zu fördern.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Fördervereinbarung in Höhe der förderfähigen Kosten, jedoch begrenzt auf maximal 250.300,00 Euro (netto) zu schließen.

**zu 4.5 Stadtsanierung, Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objektes An der Moritzkirche 8
Vorlage: VII/2021/02710**

Frau Böger führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Herr Feigl bat zum nächsten Planungsausschuss um eine Übersicht, welche Antragstellungen zurzeit aktuell sind, wer sein Projekt nicht weiterführen möchte und ob etwas zurückgegeben wurde.

Frau Böger merkte an, dass unter dem Punkt Mitteilungen die Antragstellungen für das kommende Programmjahr 2022 in einer PowerPoint-Präsentation dargestellt ist und dass unter Mitteilungen näher darauf eingegangen wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die namentliche Abstimmung.

**zu 4.5 Stadtsanierung, Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objektes An der Moritzkirche 8
Vorlage: VII/2021/02710**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Vergabeausschuss beschließt, die bisher durchgeführten Maßnahmen der Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objektes An der Moritzkirche 8, bezeichnet als 3. und 4. Bauabschnitt mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 146.478,00 € zu fördern. Die Fördervereinbarung vom 03.04.2018 in Verbindung mit der 1. Änderungsvereinbarung vom 25.07.2019 ist durch die Stadtverwaltung entsprechend anzupassen.
2. Der Vergabeausschuss beschließt, die noch durchzuführenden Maßnahmen der Instandsetzungs- und Modernisierung des Objektes An der Moritzkirche 8 auf Grund der entstandenen Mehrkosten an Dach und Fassade, vorbehaltlich der Bestätigung des Antrages zur Entlastung des städtischen Eigenanteils (im Folgenden Text: Experimentierklausel), mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 893.862,19 € zu fördern und beauftragt die Stadtverwaltung, eine entsprechende Fördervereinbarung abzuschließen.

**zu 4.6 Baubeschluss Hochwasserfolgebmaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade)
Vorlage: VII/2021/02426**

Herr Rebenstorf und **Frau Trettin** führten in die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein und baten um Zustimmung.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Rebenstorf bat um das Rederecht für Herrn Schulze von der HWS.

Herr Feigl bat die Mitglieder um die Abstimmung des Rederechts für Herrn Schulze.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Dr. Kreuzfeldt sagte, dass besprochen wurde, dass während und nach den Baumaßnahmen die Baumscheiben nicht befahren werden, um die Wurzeln nicht zu zerstören und bat um Erläuterung. Des Weiteren sagte sie, dass ein Schotter Rasen PKWs zum Parken animieren und fragte, wie die Stadt verhindert, dass an diesen Stellen illegal geparkt wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das Parken auf der Alleeseite und zwischen den Bäumen unterbunden wird, da die Bordsteinkante höher als regulär ist und wenn es Parker geben wird eine Ordnungswidrigkeit stattfindet.

Frau Trettin ergänzte zum Thema Baumscheiben, dass die Bäume alle geschützt werden und das Befahren zwischen den Bäumen nicht möglich ist, da der Kanal an dieser Stelle liegt, der nicht befahren werden kann. Sie sagte, dass das Material und die Abdeckplatten von der Straße aus rein gehoben und anschließend verbaut wird. Die einzige Technik, die erforderlich ist, ist wenn die wassergebundene Decke eingebaut wird, welche aber keine Schäden anrichtet.

Herr Hartwig sagte, zur stärkeren Bemessung der Kanaldeckel, dass dies zusätzliche zehn Zentimeter erzeugt und fragte wie dies an die Ufer angeschlossen wird und ob dies auf die Standorte der Bäume Auswirkung hat.

Frau Trettin antwortete, dass die Betonmauer zehn Zentimeter höher sein wird als der Bestand, dies aber zur Ufermauer mit einer wassergebundenen Decke wieder abgeglichen wird. Sie sagte, dass dies auch durch Dendrologen untersucht und als vertretbar eingeschätzt wurde.

Herr Feigl bat um Erläuterung, was der Dendrologe genau macht.

Frau Trettin sagte, dass aus dem Variantenbeschluss heraus die Aufgabe übermittelt wurde den Erhalt der Alleebäume zu berücksichtigen. Sie sagte, dass der Dendrologe in der Planungsphase die Prüfung abnimmt und welche Leistungsbestandteile im Leistungsverzeichnis ausgeschrieben werden müssen und während der Bauphase ständig mit vor Ort ist und die Baufirmen begleitet und die fachlich überwacht.

Herr Streckenbach fragte, ob eine durchgängige Beleuchtung geplant ist.

Frau Trettin antwortete, dass die Beleuchtung nicht mit erneuert wird, da diese keinen Flutschaden attestiert bekommen hat und nur die historischen Lampen auf der Stützmauer erneuert werden, da diese saniert wird.

Herr Feigl fragte, ob die Erdleitung erneuert wird.

Frau Trettin antwortete, dass dies in der Promenade nicht enthalten ist, da die Leitung hinter dem Straßenbord liegt.

Herr Dreher fragte, welches Stundenkontingent für die ökologische Baubewachung zugrunde gelegt ist.

Frau Trettin antwortete, dass der Dendrologe in der Abbruchphase oder wenn es Eingriffe in den Wurzelraum der Bäume gibt, täglich auf der Baustelle ist und wenn der Neueinbau erfolgt weniger anwesend ist.

Herr Scholtyssek begrüßte die Beschlussvorlage. Er fragte, ob geprüft wurde, in welchem Zustand die Stromkabel sind und falls ein Schaden festgestellt wird, dann mit der EVH abgeklärt ist das diese erneuert werden.

Frau Trettin antwortete, dass die Beleuchtung funktionsfähig ist und die Lampen auch nicht getauscht werden, da sonst möglicherweise Schäden an den Baumwurzeln entstehen. Sie sagte, dass dies erst sinnvoll ist, wenn die Bäume irgendwann ausgetauscht werden müssen.

Herr Feigl sagte zum Senkgarten, dass eventuell mit einer anderen Technik gearbeitet werden kann, um den Hang nicht so sehr zu schädigen. Er fragte, wie die dort vorhandenen Bäume besser erhalten werden können.

Frau Trettin antwortete, dass die Planung diesbezüglich noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in den anderen Bereichen. Sie sagte, dass die untere Denkmalschutzbehörde ein Netz präferiert.

Herr Feigl sagte, dass großer Wert draufgelegt wird, dass die Bäume erhalten bleiben.

Frau Winkler bedankte sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Erläuterung, Vorbereitung und Planung zu dem Thema.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die namentliche Abstimmung.

**zu 4.6 Baubeschluss Hochwasserfolgemassnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade)
Vorlage: VII/2021/02426**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 190 Sondergebiet Sport und
Freizeit Rossplatz - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02664**

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 4.7

Herr Feigl

Und damit sind wir bei dem nächsten Kracher – 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.190 Sondergebiet Sport und Freizeit auf dem Rossplatz. Ich gucke in Richtung Verwaltung. Herr Rebenstorf winkt mir zu. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Herr Rebenstorf

So, ganz kurz von unserer Seite müsste jetzt Frau Georg noch mit zugeschaltet werden. Bei mir ist das heute ja auch auf zwei Seiten. Ja, ich gehe mal davon aus, genau, Frau Georg ist jetzt da, wird mich auch hören. Ich würde kurz ein bisschen ein paar einleitende Worte sagen. Für Detailfragen gerne dann Frau Georg.

Rossplatz – es geht einmal um eine Flächensicherung, sowohl für den Postsportverein als auch für den sogenannten Zirkus Klatschmohn als Zentrum für bewegtes Lernen und Turnen, war es glaube ich gewesen, aber sei es drum. Die Geschichte hatte sich so entwickelt gehabt, kann man für diese Nutzungen dort eine dauerhafte Lösung finden? Ja, sehen wir. Wir hatten jetzt zwei Jahre versucht über den sogenannten § 35, da es sich um einen Außenbereich handelt an dieser Stelle. Aber im Flächennutzungsplan zu mindestens in Teilen eine sportliche Nutzung dargestellt ist und “Zirkus“ setze ich hier mal in Anführungsstrichen. Wir reden hier auch über eine Sporthalle, ähnlich wie es auch im Bestand mit dem Postsportverein ist. Wir haben mit beiden intensive Gespräch geführt – sowohl mit Postsport als auch mit Zirkus Klatschmohn. Und § 35 ist am Ende doch nicht zum Zuge gekommen, weil man im Zuge dieses Verfahrens sämtliche Themen hätte bearbeiten müssen, die auch in einem B-Plan Verfahren geklärt werden können. Wir hätten beide, ich sage mal dezent in einer Art Bauherrengemeinschaft, in einer Art Investorengemeinschaft, zusammenführen müssen und wir haben dann in den Gesprächen gemerkt, das wird aufgrund auch der sehr sehr langen Zeit, wo man mit beiden zusammen agieren muss, wird das nicht funktionieren.

Lange Rede, kurzer Sinn, am Ende haben wir uns für das klassische B-Plan-Verfahren entschieden. Alles andere ist nicht zielführend an der Stelle. Kein vorhabenbezogener, sondern ein Angebots-B-Plan an dieser Stelle umzusetzen. Was die Nutzung anbelangt, in beiden Fällen, also Sport an der Stelle zu fördern, auch für den dichten Innenstadtbereich auch diese niederschweligen Angebote dort vorzuhalten, halten wir für einen richtigen Weg. Für uns selber bleiben dann immer noch genügend Flächen über in Richtung Holzplatz, Freiflächengestaltung, um aus dieser dicht bebauten Innenstadt heraus trotz alledem noch Angebote sicherzustellen.

So viel zur Genese nochmal, also der B-Plan ist einfach zielführender an der Stelle, um all die Themen, die dort erforderlich sind, rechtssicher abarbeiten zu können und ein dauerhaft, gesichertes Baurecht an dieser Stelle zu schaffen. Ich würde an Herrn Feigl zurückgeben, wenn noch Fragen sind, je nachdem entweder Frau Georg oder ich würden diese dann aufnehmen und versuchen zu beantworten. Vielen Dank.

Herr Feigl

Da ich im Moment noch keine Wortmeldungen sehe, würde ich mal beginnen mit einer Frage. In der Vorlage schreiben Sie unter Freiraumplanung: ...der geschützte Baumbestand des Rossplatzes soll weitestgehend erhalten bleiben, falls einzelne Eingriffe in den Baumbestand dennoch unvermeidlich sind – und so weiter und so fort. Die Fraktion, also mehrere Fraktionen, haben sich das ja vor Ort angeschaut, auch mit den Akteuren vor Ort gesprochen und sich auch ein Bild von dem Gelände gemacht und von dem Planungsbereich, den sie beplanen. Ich finde es, an der Stelle, so ehrlich wie die vorhergehende Vorlage ist, ist sie zu mindestens in den Punkten ein bisschen unehrlich, weil genau hinter der Jahnsporthalle sich ein Streifen hinter dem Parkplatz, ein Streifen von Bäumen entlangzieht, der genau im Planungsgebiet mit drin liegt. Und wenn man dann hört, was dort angedacht ist, so wird es eben doch einen sehr deutlichen Eingriff in den Baumbestand des Rossplatzes geben an dieser Stelle.

Die nächste Überlegung bei uns war – geht es vielleicht auch anders? Geht es nicht vielleicht indem man die Bebauung, die geplante Bebauung, ein Stückchen nach hinten verschiebt. Jetzt muss ich kurz überlegen, welche Himmelsrichtung das ist. Das müsste Nordosten sein, dass man es in diese Richtung verschiebt und dadurch diesen Baum erhält. Ich will das auch nochmal, eins zwei Worte dazu sagen. Wir finden diese Nutzung, die dort angedacht ist, also

auch diese Mischung aus Sport und dann eben auch das der Zirkus dort dauerhaft seinen Platz dort findet, das finden wir sehr sehr positiv. Aber ich denke wir müssen heute, wenn wir in solche Bereiche reingehen, immer von dem vorhandenen Bestand ausgehen und nicht von dem, was ist jetzt sozusagen am Einfachsten oder was ist denn von der Nutzung her am Schnellsten zu realisieren, sondern einfach von den örtlichen Gegebenheiten ausgehen. Und wenn ich da eine wirklich ordentliche Baumreihe von ausgewachsenen Bäumen dort an dieser Stelle habe, dann finde ich es nicht nachvollziehbar zu sagen – gut, genau in diesen Bereich legen wir diesen Planungsbereich rein. Also, meine Frage in Richtung Stadtverwaltung, können wir alles ein bisschen weiter nach hinten schieben? Die Flächen gehören ja der Stadt. Ich glaube die Verfügbarkeit ist nicht das Problem. Ich würde mir da einen besseren Umgang mit dem Bestand wünschen.

Herr Rebenstorf hat sich gemeldet, bitte sehr.

Herr Rebenstorf

Ja, ich würde kurz – einer der Gründe warum wir auch kein Verfahren nach 35 mehr sehen, war schlicht und ergreifend der Flächenaufwuchs. Die fingen immer alle sehr sehr klein an und mit jeder Besprechungsrunde, die wir hatten, habe ich immer das Gefühl gehabt, jetzt ist dann mal noch ein Meter dazu gekommen.

Die Gefahr besteht am Ende des Tages, Herr Feigl, wenn wir anfangen mit – ich kann Ihnen das jetzt nicht abschließend versprechen was dann passiert, weil da müssen wir wirklich nochmal im Detail untersuchen dann auch. Das kann ich maximal als Prüfauftrag dann mitnehmen. Wenn wir jetzt anfangen zu schieben, schiebe ich vermutlich die Baumassen, die jetzt eh schon da sind, dann zu stark in eine andere Richtung und komme dann vermutlich wieder an einer anderen Stelle mit dem Baumbestand, der nämlich weiter nördlich ist. Bei der der weiter nördlich ist, also Richtung Wasserturm dann auch geht, ist dann doch sehr Stadtbild prägend, weil wir dort über eine Freistellung des Areals dann verfügen, was wir im unmittelbaren Anschluss an die jetzige alte, also die historische Jahnsporthalle, in dieser Konstellation nicht so haben.

Also wenn, kann ich es nur als Prüfauftrag mitnehmen, sodass wir dann im Detail nochmal schauen, wie man final dann schiebt. Wir sind ja, wie es so schön heißt, in Anführungsstrichen „nur bei einem Aufstellungsbeschluss“, also Angebot ist, das als Prüfauftrag zu formulieren.

Herr Feigl

Nur eine Bemerkung, direkt dahinter ist eine große Freifläche, also da steht kein Baum. Wir haben uns – ich habe – also man muss es einfach im Luftbild angucken. Ich denke, dass das möglich ist. Bitte prüfen Sie das nochmal an dieser Stelle. Und natürlich sind wir im Aufstellungsbeschluss, aber im Aufstellungsbeschluss wird der Geltungsbereich schon mal definiert und den müsste man dann halt ein paar Meter nach hinten erweitern, deswegen meine Anmerkung an dieser Stelle.

Ich habe Herrn Schied und danach Herr Streckenbach auf der Liste. Herr Schied.

Herr Schied

Ich wollte nur sagen, dass unsere Fraktion das Ganze auch sehr begrüßt. Wir finden das gut, was da entstehen soll, was da aufgrund von bürgerschaftlichen Engagement da gebaut werden soll und wir unterstützen das.

Und ich wollte bloß mal anmerken, diese – das Problem mit den Bäumen, meines Erachtens hat das auch was mit Denkmalschutz zu tun. Also man versteckt ja das so hinter der Jahnturnhalle und ich weiß nicht – man kann es vielleicht nach hinten, also, dass es nördlich eventuell verschieben – also ich weiß nicht ob das Ganze dann noch funktioniert. Nach links und rechts, wenn man vor der Jahnturnhalle steht, kann man es meines Erachtens ja gar nicht

verschieben, da kriegt man Ärger mit dem Denkmalschutz. Aber das wird ja, denke ich mal – kann ja alles im Verfahren noch geprüft werden. Ansonsten stimmen wir dem zu und finden es toll. Das war´s.

Herr Feigl

Herr Streckenbach, danach Herr Sehrndt.

Herr Streckenbach

Ja, unsere Fraktion, wir unterstützen auch das Projekt. Vielleicht ein Hinweis an Herrn Feigl, der Kollege Herr Aldag war ja auch zusammen mit dem Kollegen Schied und er selber – wir haben uns ja das Projekt angeschaut die Woche und die Bauherren haben ja ein Projekt vorgestellt, das sich städtebaulich auch einfügt mit Sichtachsen und mit Beziehungsgefüge zu, in Richtung Steintor wurde das uns anschaulich dargestellt. Insofern, wenn Sie den Gedanken haben, die Gebäude, die geplant sind, so zu schieben, dass es irgendwie passt, dann geht dieser städtebaulicher Aspekt verloren. Weil irgendwann finden Sie immer einen Baum und irgendwann finden Sie auch immer eine Begrenzung, zum Beispiel durch die Paracelsusstraße. Ja, insofern ist das, sehe ich das schwierig, weil man dann ein Gesamtkonzept irgendwie zerschießt an der Stelle.

Von meiner Seite noch eine Frage an die Verwaltung, und zwar gibt es ja einen Pachtvertrag bis 2044 und der soll wohl laut Vorlage - oder das Bauvorhaben ist so – muss umgesetzt werden bis 2025, andernfalls würde der Pachtvertrag erlöschen. Oder verstehe ich die Verwaltung so, dass es danach, falls es Schwierigkeiten gibt beim Baustart aus irgendwelchen Gründen, dass dann trotzdem der Pachtvertrag verlängert werden kann. Das war so eine Sorge, die ich rausgehört habe, bei dem Termin.

Herr Rebenstorf

Herr Feigl ganz kurz, Frau Georg hat sich gemeldet.

Herr Feigl

Gern. Frau Georg, bitte.

Frau Georg

Guten Abend meine Damen und Herren, zu dem Pachtvertrag kann ich ein Wort sagen, und zwar haben wir in diesem Pachtvertrag – oder in diese Pachtverträge – einen Puffer eingebaut, sodass für diese Baufrist eine Verlängerung besteht um zwei Jahre. Und das ist ein Vertrag und der ist natürlich auch neu aushandelbar, wenn halt andere schwierige Rahmenbedingungen auftauchen, die ein Realisieren diesem vorgegebenen Zeitraum nicht möglich macht.

Herr Feigl

Gut, Dankeschön. Herr Sehrndt, sie haben das Wort.

Herr Sehrndt

Ja, ich habe, oder wir haben da Bedenken, insofern – das ist ja einer der wenigen Grünflächen in diesem ganzen Areal. Es sind ringsherum dicht besiedelte Wohngebiete, wo es, wenn es warm wird, auch richtig warm wird. Und die Leute brauchen irgendwo auch Flächen, wo sie einfach mal Luft holen können. Zu der Turnhalle Postsportverein wäre zu sagen, das ist vielleicht so notwendig. Das muss entschieden werden – das müssen wir alle entscheiden.

Der Zirkus, der schon neun Jahre rumgekrepelt hat, das halte ich nicht für günstig auf der Fläche, dort auch noch so ein Gebäude hinzusetzen, was dann vielleicht nach drei/vier Jahren, wenn´s da ist, verloren geht und wir überlegen was wir damit machen.

Die Turnhalle hätten wir ja früher auch mal in das Sportzentrum am Böllberger Weg unterbringen können, auch den Zirkus, das machen wir ja jetzt anders. Da machen wir jetzt

Wohnungen, die wir schon genug haben. Das ist einfach so. Also ich sage, diese Grünfläche, die ist für die umliegenden Bewohner – Paulusviertel, dieses Medizinerviertel. Das sind auch Gegenden, wo es so richtig warm wird, wenn's wirklich warm wird. Und die brauchen irgendwo eine Grünfläche, also die weichen dann aus bis zur Peißnitz oder Ziegelwiese und sonst wo hin. Das wollte ich nur dazu sagen.

Herr Feigl

Ja, wenn es gegen die linksverdächtigen, alternativen Projekte geht, dann ist die Grünfläche auch für die AfD wichtig. Das finde ich eine gute Bemerkung.

Herr Sehrndt

Da bedanke ich mich aber wirklich für die Bemerkung.

Herr Feigl

Frau Winkler und danach Herr Eigendorf und danach Herr Schied.

Frau Winkler

Also ich bin froh, dass das Ganze jetzt mal zu einem konstruktiven Ende kommt, muss ich sagen. Herr Rebenstorf, wir haben lange genug da rumgeackert in der Richtung. Und – also die Grünfläche, mal nur am Rande - die Leute aus dem Paulusviertel bewegen sich nicht zwischen diese zwei hochbefahrenen Straßen, um sich dort zu erholen. Also ich denke das passt, das ist wunderbar so und das kann seinen Gang gehen. Also unsere Unterstützung haben Sie in jedem Fall.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Den Worten von Frau Kollegin Winkler kann ich mich da nur anschließen. Es ist sehr spannend, wir diskutieren hier ja manchmal so bei Bauprojekten wie groß wollen wir bauen, wie viele Flächen wollen wir versiegeln, da ist von der AfD nie irgendwas zu hören. Jetzt, wo es um ein Projekt für Kinder und Jugendliche geht, da ist ihnen auf einmal die Grünfläche ganz wichtig. Ich bin echt froh, dass wir nicht zuständig sind für die Prioritätensetzung, die sie hier scheinbar machen.

Das Projekt ist wichtig und wir haben echt lange gesucht. Ich finde das Herr Feigl, was Sie angeführt haben in Bezug auf die Baumgruppe, jetzt nicht völlig von der Hand zu weisen. Wir sind hier ja jetzt gerade auch in einem Prozess drin und ich würde sagen, so habe ich auch Herrn Beigeordneten Rebenstorf verstanden, dass Sie das Thema mitnehmen und das prüfen und dann können wir im weiteren Prozess schauen, wie wir damit umgehen und was wir machen. Aber für, gerade die Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt ist das ein ganz großartiges Signal und das was Sie hier vorlegen ist eine Vorlage, der man getrost und bei klarem Verstand nur zustimmen kann. Vielen Dank.

Herr Feigl

Danke Herr Eigendorf, so habe ich den Beigeordneten auch verstanden. Herr Schied, bitte.

Herr Schied

Ich hatte meine Hand zwar gesenkt, weil alles schon gesagt wurde. Also, ich muss mal ehrlich sagen, falls der Herr Sehrndt da jemals der zu erhaltenden Grünfläche zwischen der Paracelsusstraße – also das ist eine der befahrensten Straßen überhaupt. Ich weiß nicht, ob sich da wirklich jemand frei zur Entspannung da auf die Wiese legen würde. Bis jetzt habe ich das noch nicht erlebt.

Das ist irgendwie – also das Argument ist wirklich an den Haaren herbeigezogen wurden. Ich habe den Eindruck, der AfD passt das ganze Projekt nicht und da wird hier frei fabuliert und

Dinge miteinander in Verbindung gebracht, die man so gar nicht miteinander in Verbindung bringen kann – Böllberger Weg und so. Es geht der AfD meines Erachtens schlicht darum, etwas zu verhindern, was ihr nicht in den Kram passt. So viel dazu.

Herr Feigl

Gut, ich glaube es ist alles gesagt. Zu mindestens sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dem ist wohl so. Und dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer der Verwaltungsvorlage zustimmen kann, den bitte ich um sein Votum. Herr Gernhardt.

Herr Gernhardt

unverständlich

Herr Feigl

Ups. Ich nehme das als ja. Herr Sommer.

Herr Sommer

Ja.

Herr Feigl

Herr Dreher.

Herr Dreher

Ja.

Herr Feigl

Herr Kresse.

Herr Kresse

Ja.

Herr Feigl

Herr Hartwig.

Herr Hartwig

Ja.

Herr Feigl

Herr Vetter.

Herr Vetter

Ja.

Herr Feigl

Herr Kauz.

Herr Kauz

Ja.

Herr Feigl

Und Herr Sprung.

Herr Sprung

Ja.

Herr Feigl

Dann ist das einstimmig, wenn ich das richtig mitgekriegt habe. Wunderbar - wir haben als nächstes Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Zustimmung.

Herr Feigl

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja.

Herr Feigl

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja.

Herr Feigl

Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeld

Ja.

Herr Feigl

Herr Schied.

Herr Schied

Ja.

Herr Feigl

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Enthaltung.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Frau Winkler

Ja.

Herr Feigl

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Ja.

Herr Feigl

Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Ja.

Herr Feigl

Frau Mark.

Frau Mark

Ja.

Herr Feigl

Und ich stimme auch zu und damit haben wir das einstimmig mit einer Enthaltung so beschlossen.

-Ende Wortprotokoll-

**zu 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 190 Sondergebiet Sport und Freizeit Rossplatz - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02664**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 190 „Sondergebiet Sport und Freizeit Rossplatz“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 4.8 Straßenausbau des Hallorenrings zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt (Salzgrafenstraße) - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2021/02439**

Wortprotokoll auf Antrag der Afd-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 4.8

Herr Feigl

Wir sind bei 4.8 Straßenausbau des Hallorenrings zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt - Variantenbeschluss. Ich guck noch mal in Richtung Verwaltung. Herr Rebenstorf meldet sich, wunderbar. Bitte sehr, sie haben das Wort. Jemand noch das Mikrofon offen?

Herr Rebenstorf

Ja genau, ich wollte es gerade sagen und irgendeine Feedbackschleife ist noch da. Gut müsste jetzt weg sein. Gut, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir legen ihnen einen Variantenbeschluss, sorry jetzt bin ich selber in der Zeile verrutscht, einen Variantenbeschluss für den Straßenausbau des Hallorenrings zwischen dem Glauchaer Platz und Hallmarkt vor. Das ist der Bereich vor der Moritzkirche, dem Bereich des neugebauten Hotels, was am Hallmarkt sich befindet, gehört zur Ringstraße des Altstadtrings, war aber historisch betrachtet, nicht Teil der repräsentativen Planungen, wie sie bei mir hier, vor der Haustür am Hansering noch zu erkennen ist oder am Universitätsring oder Joliot-Curie-Platz. Die meisten wissen das historisch dort die Gerbersaale mal offen verlaufen ist, später dann überdeckelt wurde und im Grunde genommen eine relativ schlichte Straße entstanden ist, ein schlichter öffentlicher Raum, der wie gesagt nicht ganz den Gestaltungsqualitäten in anderen Bereichen des Altstadtrings entspricht.

Wir haben intern sehr intensiv darüber diskutiert, wie wir vor allen Dingen mit dem aktuellen Status umgehen, das weder rechts noch links eine Baumreihe vorhanden ist. Mit den üblichen Einschränkungen und so weiter, die es im Untergrund gibt, haben wir aber dennoch Möglichkeiten gefunden zu mindestens auf der Westseite, das ist auf der Seite wo das Hotel ist, eine einzelne durchgehende Baumreihe von vorn vom Glauchaer Platz bis einschließlich vor das neue Hotel ihnen vorschlagen zu können. Ist mit einem gewissen Eingriff, einem gewissen Aufwand auch verbunden, aber wir denken aufgrund des repräsentativen Charakters, den der Altstadttring hat, tut das dem öffentlichen Raum an dieser Stelle sehr sehr gut, wenn wir zu mindestens diese einseitige Baumreihe realisieren können.

Ansonsten, was die Gestaltung anbelangt, orientieren wir uns an den Gestaltungsprinzipien, wie wir es in der Altstadt sonst auch haben, den breiten Granitbord, die Großgranitplatte, das Kleinpflaster dann wieder nach außen. Also diese schöne Gestaltung wie sie aus der Gründerzeit bis heute überlebt hat. Die Straße, dann als Asphaltband und im Bereich vor dem Polizeipräsidium geht es darum, eine großzügige Fläche für den Fußgänger zu gestalten. Denkmalschutz spielt da eine ganz ganz große Rolle auch, dass dieses Bild, wie das Polizeipräsidium historisch sich präsentiert hat, auch in der Freiflächengestaltung sich wiederfindet und wir sind auch dabei dann zu prüfen, dass man ein Teil des alten Pflasters, wo heute die Taxis stehen, für diese Stellen auch noch erhalten kann.

Jetzt muss ich nochmal gucken, wir haben da glaube ich eigentlich eine Präsentation. Frau Gaebel, können sie die vielleicht noch mit Einblenden, jetzt habe ich zu viel erzählt, ohne ihnen die Bilder zu zeigen. Begleiten werden mich Herr Otto für den verkehrlichen Teil und Frau Foerster auch bezüglich des Tiefbauamtes. Genau, sorry, Entschuldigung, also hier sieht man es noch mal, die Baumreihen etwas klein. Ich glaube wir haben nur eine Folie dafür, wenn ich das richtig sehe Frau Gaebel, aber das müsste reichen. Man sieht es jetzt hier noch mal am oberen Bildrand die kleinen grünen Punkte, das sei der kleinen Darstellung geschuldet, dass dort die durchgehende Baumreihe ist. Man sieht markant dreieckig das Gebäude gegenüber des Hallmarktes, wo das Hotel, dass wir die Baumreihe auch dort mit hinziehen können. Hellgrau dargestellt ist das Asphaltband, dunkelgrau dargestellt wären die Pflasterflächen, wo wir natürlich schauen, dass wir so weit es geht auch das historische Pflaster, also dieses Grobpflaster dort weiterverwenden können.

Ja, vom Polizeipräsidium wird man dann so nicht mehr rumfahren können, sondern dass das dann der Fußgängerbereich mit ist. Man hat ja dann ausreichend Platz, wo man trotzdem noch mit dem Auto um die Ecke kommen wird, um in die Dreyhauptstraße einfahren zu können. Es wird eine Fußgängerquerung geben, wo man heute ja eher provisorisch die Straße queren kann, aus der Mittelinsel vor dem Polizeipräsidium rüber auf die andere Seite.

Ja, dass müssten jetzt eigentlich die wesentlichsten Eckparameter sein. Ich guck nochmal, Frau Foerster, wenn sie vielleicht noch was haben was zu ergänzen ist oder Herr Otto, dann würde ich den Kollegen noch mal das Wort geben. Ansonsten wieder zurück an Herrn Feigl und ja Diskussionen und für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung. Frau Foerster hat sich glaube gemeldet.

Herr Feigl

Frau Foerster bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, wenn ich was vergessen hab, bitte auch ergänzen.

Frau Foerster

Ja, Dankeschön. Ja Herr Rebenstorf hat ja schon das wesentliche gesagt. Ich würde vielleicht nur noch insoweit ergänzen wollen, wir haben natürlich verschiedene Varianten untersucht,

das finden sie auch in der Beschlussvorlage letztendlich ausgeführt, wie man letztendlich mit dem zur Verfügung stehenden Straßenquerschnitt an der Stelle umgehen kann. Im Fokus war da insbesondere natürlich das Thema, der Führung des Radverkehrs und natürlich auch der Fußgänger. Bei der Vorzugsvariante sind wir so unterwegs, dass wir zunächst mal beidseitig natürlich barrierefreie Gehwege vorgesehen haben. Für den Radverkehr, wenn er denn aus Norden kommt, dann soll dieser letztendlich zunächst mal auf einem Schutzstreifen geführt werden und wir dann in Höhe, zwischen Kellnerstraße und Bornknechtstraße, wo es die Platzverhältnisse zulassen würden wir einen Radweg vorsehen, der also zwischen den Gehweg und dem Parkstreifen letztendlich angesiedelt sein soll.

Auf der gegenüberliegenden Seite, also von Süden gen Norden dort erlauben es die Platzverhältnisse nur den Radfahrer auf einem Schutzstreifen zu führen und zu den Baumstandorten hatte ja Herr Rebenstorf bereits ausgeführt, dass wir natürlich bereits Voruntersuchungen vorgenommen haben. Wir sind ja jetzt im Stadium der Vorplanung, wir haben also insbesondere uns zum einen bemüht natürlich zwischen Kellnerstraße und Bornknechtstraße ordentliche Baumstandorte mit einzuordnen. Das sieht dort auch sehr gut aus. Vor dem Hotelbereich, wer die Örtlichkeit dort kennt der weiß ja, dass wir in Verbindung mit dem Hotelneubau dort die Nebenanlagen erst vor, noch nicht so sehr langer Zeit komplett neu hergestellt haben. Dort befindet sich unten drunter die Gerbersaale, das Ingenieurbauwerk Gerbersaale und da haben wir natürlich aufgrund der sehr geringen Überdeckung und aufgrund der Geometrie dieses Ingenieurbauwerkes müssen wir dann im Detail genau gucken wird es möglich sein dort Bäume einzuordnen, weil wir da natürlich die entsprechende tiefe auch brauchen um die Baumscheiben dort anzuordnen. Die Bäume werden dann voraussichtlich also nicht so ideal neben der Gehwegfläche liegen, sondern ein Stück weit mit drinnen, aber im Interesse der Sache sind wir natürlich da so unterwegs, dass wir versuchen das einzuordnen. Es wird dort umfangreiche Leitungsumverlegung erforderlich sein, aber das sind dann alles Themen, die wir in den weiteren Planungsphasen dann im Detail dann untersuchen werden.

Ansonsten noch, das ganze liegt natürlich im Sanierungsgebiet, daraus ergibt sich letztendlich auch die Finanzierung der Maßnahme, die aus Ablösebeiträgen des Sanierungsgebietes letztendlich gespeist wird. Danke

Herr Feigl

Dankeschön. Dann gehen wir in die Diskussion. Ich sehe Herrn Schied als ersten, bitte sehr.

Herr Schied

Ja, ich hab erstmal eine Frage zur Vorlage und zu den Anlagen, die wir bekommen haben. Wir haben eigentlich nur die Straßenquerschnitte und die Kartengrundlage für die Vorzugsvariante bekommen. Also ich persönlich finde die Variante zwei eigentlich sehr interessant, finde es aber sehr merkwürdig, dass da beidseitig Parkplätze angelegt werden müssen oder sollen. Ich finde es ist irgendwie als Grundlage für eine Entscheidung ist das, fehlt mir da ein bisschen was. Ich habe eigentlich nur wirklich von der Vorzugsvariante der Verwaltung hier eine Karte da. Also mich hätte das mal interessiert, wie das wirklich so mal bildlich bei den anderen Varianten aussieht. Ich persönlich finde die Variante zwei, habe es jetzt nicht vor mir, kann mir das nur so zum Teil richtig vorstellen, viel besser. Also die eine Richtung Einbahnstraße, weiß aber nicht, warum dann wirklich beidseitig Parkplätze sein müssen.

Also es ist die einzige Variante, bei der wir richtig ausgebaute Fahrradwege haben, wenn ich das richtig verstanden habe und ich habe so den Eindruck wir planen wieder zuallererst die Straßen und die Radwege, dann sieht man mal was wird gesehen, was dann am Ende noch möglich ist. Und ich finde diese Einbahnstraßenregelung gerade in Hinblick auf den Vorhaben da im Robert-Franz-Ring, da soll ja die Straße zur Einbahnstraße umgewickelt werden. Ich habe gesehen, da ist noch gar nichts aufgemalt, also da ist noch gar keine Markierung aufgemalt, würde sich das ja anbieten, dass man das miteinander verbindet. Und ich fände

praktisch die Variante zwei aufgrund der Information, die ich bisher dazu habe, viel besser und würde die Variante, ist meine persönliche Meinung vorziehen. Können wir diese andere Information noch nachgeliefert bekommen, also diese, den Kartenausschnitt und auch die Straßenquerschnitte und eine Begründung, warum auf beiden Seiten dann gepackt werden muss, wenn man das zur Einbahnstraße umwandelt. Also in Bezug auch auf die Fußgänger, auf die ... selbst für den MIV, steht ja in der Tabelle, wäre diese Variante die sicherere Variante und ich denke mal Verkehrssicherheit ist ein wichtiger Aspekt, den wir nicht hinten runterfallen lassen sollten und auch den Radverkehr sowieso nicht.

Herr Rebenstorf

Nochmal ganz kurz Herr Feigl.

Herr Feigl

Gern, bitte sehr.

Herr Rebenstorf

Ja, Herr Schied nur das ich sie jetzt richtig verstehe, sie meinen eine Einbahnstraßenregelung für den Kfz-Verkehr auf dem Hallorenring richtig.

Herr Schied

Ja, gibt es, bei Variante zwei ist das vorgesehen, wenn ich das richtig gelesen habe.

Herr Rebenstorf

Gut, da muss ich nochmal darauf zurückkommen, auch was sie angesprochen hatten, den Robert-Franz-Ring. Wir werden im Robert-Franz-Ring keine Einbahnstraßenregelung umsetzen. Sie wissen, dass wir an den Bürgerentscheid gebunden sind, auch wenn im übertragenen Wirkungskreis tätig sind. Daher bleibt es dabei, dass wir die ursprüngliche Beschilderung, Markierung und so weiter, wie sie auch in dem Variantenbeschluss zum Ausbau des Robert-Franz-Rings vorgesehen war, umsetzen werden.

Beim Hallorenring bleibt es ebenfalls bei einer zwei streifigen Verkehrsführung, also im Gegenverkehr so wie es heute auch ist an der Stelle, und sie können versichert sein, dass wir unter all den Randbedingungen, die wir vorfinden, einen abgewogenen Entwurf ihnen vorgelegt haben. Für mich war an der Stelle tatsächlich die Baumreihe, die oberste Prämisse gewesen, kriege ich die Baumreihe dort noch eingeordnet, um eben tatsächlich eine gewisse Aufenthaltsqualität, in dem nicht ganz so repräsentativ, also historischen nicht ganz so repräsentativ ausgebauten Teil des Altstadtringes doch noch im Nachgang umsetzen kann. Die anderen Fragen, was wir gegebenenfalls noch zuarbeiten können, Frau Foerster vielleicht noch mal in Ergänzung zu meinen Ausführungen.

Frau Foerster

Ja, wenn ich darf gerne. Es ist natürlich so, dass wir immer alle möglichen Varianten untersuchen, auch wenn letztendlich ein Stück weit schon auf der Hand liegt, das sieht hier diese besondere Situation nicht als umsetzbar geeignet gelten. Also das Thema kann der Hallorenring in diesem Bereich im Einrichtungsverkehr geführt werden. Haben wir formal untersucht, ist negativ ausgegangen.

Sie wissen ja selbst, dass der Hallorenring hier am Glauchaer Platz hier zum einen als Abflussfläche dient und zum anderen auch die Zufluss Fläche aus der Richtung Robert-Franz-Ring beziehungsweise Mansfelder Straße. Das heißt wir haben, wenn wir hier ein Richtungsverkehr vorsehen, haben wir ein echtes Verkehrsführungsproblem und deswegen ist das letztendlich verworfen wurden. Dass wir dann, wenn ich mit einer, mit einem Einrichtungsverkehr hier gedanklich reingehe, natürlich uns auch Gedanken machen, was man seitlich mit den dann zur Verfügung stehenden Flächen macht, dass man dort dann gesagt hat man könnte dort Parkstreifen einordnen, dann ist das aber letztendlich aber nicht

das Kriterium gewesen, weshalb man das Ganze dann letztendlich nicht zur Vorzugsvariante gemacht hat.

Wir können natürlich gerne noch Pläne zur Verfügung stellen, wollten aber jetzt hier letztendlich diese Beschlussvorlage auch nicht mit zu vielen Details überfrachten. Herr Otto kann da sicherlich zum Thema Verkehrsführung noch ein paar Worte mehr sagen, wenn das gewünscht wird.

Herr Feigl

Herr Schied, wünschen Sie dies?

Herr Schied

Ich wollte nur noch kurz dazu bemerken.

Herr Feigl

Dann bemerken sie.

Herr Schied

Der Verkehr aus der Robert-Franz, vom Robert-Franz-Ring, der läuft über die Ankerstraße, der läuft da gar nicht lang und man kann auch anderen Verkehr da umleiten. Und dann mal eine Frage überhaupt zum Robert-Franz-Ring, sie sagen das ist übertragener Wirkungskreis, da können Sie jetzt nichts machen, haben sie jetzt auch die Kontrollen in der Innenstadt eingestellt, das war auch Teil des Konzepts auch übertragener Wirkungskreis. Und wenn sie das, wenn sie nach dieser Logik vorgehen, müssten sie eigentlich auch die Verkehrskontrollen in der Altstadt, in der Innenstadt jetzt einstellen. Ist jetzt die Frage ist das jetzt geschehen, weil wenn sie den Bürgerentscheid so auslegen, dann können sie sich ja nicht einfach was rauspicken, dann müssen sie ja alles nehmen. Das wäre jetzt mal noch eine Frage dazu.

Herr Rebenstorf

Ich würde jetzt antworten Herr Feigl. Ganz kurz Herr Schied, sie haben damit angefangen eine Mischung der Themen herzustellen, das werde ich jetzt auch nicht machen. Ich lass mich jetzt auch nicht in die Schiene drücken, dass wir die Beschlussvorlage hier nutzen, um noch mal über das Konzept der weitestgehend autofreien Altstadt zu sprechen. Wir fallen auf das zurück, was vorher gegolten hat. Das hat der Bürgerentscheid zur Folge gehabt, was das dann für Detailfragen noch mal nach sich zieht, wie ich dann mit neuen Projekten, die ich sowieso anschieben muss, die sich einfach aus dem normalen Alltagsgeschäft heraus ergeben. Wie ich das dann zu berücksichtigen habe, da sind wir gerade dabei, uns beraten zu lassen, das entsprechend zu klären. Das hat aber jetzt hier keine Auswirkungen auf die konkrete Beschlussvorlage, die hier vorliegt und das ist der Hallorenring und wir sollten uns jetzt glaube ich darauf konzentrieren und auch nur darüber diskutieren.

Herr Feigl

Gut, dann habe ich als nächstes Herrn Streckenbach, danach Frau Krimmling-Schoeffler und dann Frau Winkler.

Herr Streckenbach

Ja, ich habe doch, oder unsere Fraktion hat doch auch noch ein paar Fragezeichen, bei der Vorlage Variante fünf. Zum einen beschreiben sie das Linksabbiegerspuren wegfallen sollen. Einmal in der Kellnerstraße und einmal in Richtung Salzgrafenstraße. Bei der Kellnerstraße haben sie die Verkehrsbelegung angegeben, da scheint es auch plausibel, dass man dann sagt ok, den Linksabbieger, der wird nicht zwingend nötig sein aufgrund der Verkehrsbelegung. Beim Linksabbieger in die Salzgrafenstraße verzichten Sie auf die Nennung einer Verkehrsbelegung, da würde mich als erstes Mal die Zahl interessieren, wie viel dort, jetzt nicht während der Bauphase am Robert-Franz-Ring, sondern vorher dort abgobogen sind. Warum wird dieser Linksabbieger überhaupt gestrichen.

Wir haben jetzt ein Thema angerissen mit dem Bürgerentscheid, ich habe so ein bisschen die Vermutung, dass die Planung zu dieser Maßnahme erfolgte, unter der Prämisse, dass man den Robert-Franz-Ring als Einbahnstraße komplett ausführen kann, aber da es jetzt nicht der Fall sein wird, wird es ja auch einen Zufluss vom Robert-Franz-Ring, also Moritzburg, in den Hallmarkt geben, zum Beispiel dann auch in die Salzgrafenstraße rein. Also mir scheint das noch nicht so richtig untersucht und an dieser Stelle ist ja auch ausreichend Platz, um einen Linksabbieger in die Salzgrafenstraße zu erreichen. Das wäre meine erste Frage.

Und die Zweite, sie beschreiben, auch in den Planungsunterlagen sieht man eine Fußgängerinsel im Bereich, vor Rewe und in der, im Text auf Seite fünf lese ich dann plötzlich Lichtsignalanlage, also eine Fußgängerampel. Da frage ich mich, ob die wirklich nötig ist, a) ob es jetzt in der Vergangenheit dort Gefährdungen gab, an der Stelle, das war jetzt nicht so mein Eindruck aber der kann vielleicht auch täuschen. Das zweite Problem mit dieser Ampel, kurz danach kommt ja dann auch wieder eine Ampel im Zusammenhang mit der Straßenbahn. Würden die miteinander gekoppelt werden? Das kann ja dann auch zu lauter Standzeiten führen. Und mal vor dem Hintergrund, mir graut es schon vor den Haushaltsberatungen, wenn es wieder darum geht, dass wir mehr Mittel für die Sanierung von Gemeindestraßen, Radwegen, Fußwegen einstellen wollen. Dann gucken wieder alle bedröppelt und dann passiert am Ende wieder nichts.

Und auch die Lichtsignalanlagen, der Unterhalt von den Ampeln, der wird daraus mitfinanziert und jetzt schaffen wir wieder neue Ampeln, die vielleicht gar keiner braucht und dann wird es dann wieder teurer und dann haben wir auch noch weniger Geld, um Straßen zu reparieren. Also das erscheint - diese beiden Probleme sehe ich hier und da bitte ich um Klarstellung oder wenn es vielleicht zu dieser Sitzung noch nicht möglich ist, vielleicht kann man auch nach einer Diskussion die Vertagung noch in Betracht ziehen. Aber so sehe ich uns jetzt nicht bisher Zustimmungsfähig.

Herr Feigl

Frau Winkler.

Herr Rebenstorf

Ne ich, Entschuldigung Herr Feigl, da muss ich drauf reagieren. Ich zuerst, sorry.

Herr Feigl

Ja, auch an Herrn Streckenbach meine Bitte, nicht das Thema mit der weitestgehend autofreien Altstadt und den Bürgerentscheid hier mit einbringen. Sie wissen ganz genau, dass die Einbahnstraßenplanung, die das Konzept der weitestgehend autofreien Altstadt vorgesehen hat, nicht den Hallorenring betraf, sondern nur den Abschnitt von der Klausbrücke Robert-Franz-Ring bis zur Oper auf der Rückseite. Daher bewegen wir uns hier, was die Planung für diese Straße anbelangt, sage ich ausdrücklich außerhalb von dem Konzept, was der Bürger abgelehnt hat.

So, wir diskutieren das alles im Rahmen des ganzheitlichen Mobilitätskonzepts, ich will bloß nochmal zur Versachlichung beitragen. Was die Leistungsfähigkeit der Straße anbelangt, beziehungsweise das Thema Ampeln, ich gucke jetzt mal, es ist etwas schwierig, immer online zugucken, Herr Otto meldet sich und oder Frau Foerster. Müssen Sie entscheiden, wer das besser kann. Herr Otto? Herr Otto meldet sich.

Herr Feigl

Ich würde Herrn Otto das Wort geben, der hat heute noch gar nicht gesprochen, wenn er sich bitte kurzfassen könnte.

Herr Otto

Gut, guten Abend. Ist jetzt technisch alles ein bisschen schwierig. Ich sage mal, wenn wir live im Ausschuss wären, hätte man auch die PDF für die anderen Varianten zeigen können. Wir haben ja in der Vorlage dran erstmal diese gelb rot grün Tabelle, die eigentlich seit über zehn Jahren so Stand ist und wir haben eigentlich in den Vorlagen der letzten Jahre immer bloß die Vorzugsvariante dann drin gehabt, bloß eben so eine gelb rot grün Tabelle.

Zu den konkreten Fragen nochmal, der Robert-Franz, quatsch der Hallorenring ist ja in seiner Struktur vom Verkehr völlig unterschiedlich. Wir haben quasi von Süden nach Norden eine Hauptverkehrsstraße mit sehr, oder relativ hoher Belegung. Dementsprechend sind auch die meisten Einbieger in die Salzgrafenstraße Rechtsabbieger, die brauchen also keine Linksabbiegerspur und in der Gegenrichtung haben wir so eine Art Sammelstraße, wo ja nur der Verkehr aus der Mansfelder Straße beziehungsweise was jetzt aber bloß ein ganz theoretischer Wender wäre, aus der Hackebornstraße und diese kleinen Nebengässchen dort zum Beispiel spitze oder so zufährt, sodass eigentlich diese Linksabbiegerspur, denn die mache ich ja nur, um den Geradeausverkehr nicht zu behindern auch mit jetziger Verkehrsführung Robert-Franz-Ring, nicht zwingend notwendig ist, sondern wir gerade so an der Grenze sind, dass es nicht notwendig ist, aufgrund dieser speziellen Situation.

Platz haben wir da eben leider auch nicht. Wir würden auch gerne breitere Radverkehrsanlagen machen etc., weil man einmal dieses Thema Bäume bespielen will, auf der Westseite des Platzes dann brauch man dort Fläche und auf der anderen Seite auf der Ostseite vorm Polizeipräsidium haben wir also vom Denkmalschutz sehr hoch bewertet diese Insel und diese Vorfahrtssituation vom Polizeipräsidium, wo wir dann natürlich auch nicht eingreifen wollen bzw. das zu Problemen führt. Also wir haben schlechterdings dort eigentlich kein Platz. Und zu den Inseln, wir haben sicherlich ein Zustand mit den Inseln geschaffen, wo man als normaler Mensch, der sag ich mal so Herr seiner Sinne ist und von normaler Kondition ist keine Probleme hat mit dem Verkehrsgeschehen.

Es gibt allerdings auch mobilitätseingeschränkte Personen und da sind wir natürlich in der Kritik und wir haben ja eine Verkehrsbelegung von weit über oder um die 10.000 Fahrzeuge, ohne also im Hinblick auf den Fußgängerüberweg jenseits von Gut und Böse sind und hier eigentlich nach Regelwerk, da gibt's ja, R-FGÜ nennt sich das, also eine Richtlinie für Fußgängerüberwege deutlich über der Belegung sind in der Spitzenstunde, die dort noch möglich ist, sodass man also, auch wenn man, das geht mir genauso, so sagt na gut eine Mittelinsel ist viel flexibler, da muss ich nicht warten bis ich grün habe und wenn eine Lücke ist, dann werden sich genug finden, bringe ich da mal schnell über die Straße, alles kein Problem, aber die in der Mobilität eingeschränkten, gerade ältere Leute, da haben wir also seit Jahren Beschwerden, dass die hier nicht sicher über die Straße kommen.

In der Verbindung muss man dann in der weiteren Planung sehen, von Koordinierung will ich nicht sprechen, weil das, was heute in der Talamtstraße da ist, ist ja keine Ampel der Stadt, sondern das ist eine Bahnübergangssicherung der HAVAG die also bloß die Ein- und Ausfahrt der Straßenbahn in die Talamtstraße als untergeordnete Nebenstraße sichert. Da muss man dann in der Entwurfsplanung sehen, was da möglich ist.

Herr Feigl

Dankeschön Herr Otto für die Ausführung. Ich habe jetzt sehr sehr viele Wortmeldungen. Ich möchte jetzt mal darauf hinweisen, dass wir bereits sehr lange schon Tagen. Es ist jetzt 20:17 Uhr. Ich würde sowieso 20:30 Uhr, spätestens mal eine Rückmeldung noch mal in die, an sie geben, ob wir eventuell einen Cut setzen. Wir haben noch einige Tagesordnungen drauf, also Punkte drauf, oder ob wir jetzt ganz schnell das noch durchziehen, von daher jetzt erst mal mein Appell, dass wir uns vielleicht ein bisschen kürzer fassen oder das vielleicht jemand den ein oder anderen Vertagungsantrag stellt. In der weiteren Rednerliste habe ich Frau Krimmling-Schoeffler, danach Frau Winkler und Herr Hartwig und Frau Dr. Kreuzfeldt. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, ich versuche mich kurzzufassen. Meine erste Frage ist, dass ehemalige Polizeipräsidium soll ja auch Wohnbebauung werden, das heißt, meine Frage ist, inwieweit ist es denn jetzt schon mit einbezogen, was dann da eventuell noch an Parkflächen und Verkehrs etc. dazukommt. Also ist es jetzt wirklich sinnvoll das wir die, den Hallorenring jetzt machen und ansonsten würde ich die Stadtverwaltung bitten einfach mal zu schauen wie denn die Schüler laufen zu dem Gymnasium, weil ich glaub ein großer Teil läuft nicht den Hallorenring, die laufen vom Glauchaer und dann zwischen Moritzkirche und, also die laufen die Schlippen lang, die suchen sich die kürzesten Wege und der ist deutlich ungefährlicher, als wenn sie direkt am Hallorenring langlaufen. Oder sie kommen vom Hallmarkt oder oben vom Markt, also ich weiß jetzt nicht, warum ich da jetzt unbedingt sagen muss, da sind Schülerverkehre.

Da würde ich sie bitten, das einfach nochmal zu prüfen und wie gesagt, inwieweit die Wohnbebauung dann noch Auswirkungen haben auf, dass was wir jetzt hier gerade planen. Und Herr Streckenbach hat es ja schon angedeutet also, er wäre für eine Vertagung, dem könnte ich mich jetzt auch anschließen.

Herr Feigl

Ist das jetzt ein Antrag? Bitte.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja gut, dann stelle ich den Antrag auf Vertagung, da ja einige Fragen gekommen sind. Vielleicht können wir es ja so machen, dass die die jetzt nicht mehr Fragen konnten, die Fragen an die Stadtverwaltung schriftlich stellen und wir dann halt das nächste Mal nochmal ausführlicher drüber reden und ich hoffe es ist jetzt keiner böse auf mich, dass ich das jetzt so gemacht habe.

Herr Feigl

Ich sehe das auch so, das sehr viel offen ist noch und dass wir diesen Tagesordnungspunkt, da gibt es jetzt einen Vertagungsantrag und ich lasse den jetzt abstimmen. Gibt es noch eine Gegenrede dazu?

Herr Rebenstorf

Darf ich kurz? Keine Gegenrede aber...

Herr Feigl

Bitte.

Herr Rebenstorf

Dann ist aber meine Bitte, dann melden Sie uns aber, melden sie sich aber wirklich bei uns. Also auch die, die bisher jetzt schon gefragt hatten, dass wir das alles noch mal chronologisch zusammenfassen können. Also auch die, die sich jetzt an der Diskussion beteiligt hatten, also bitte jede Fraktion oder jeder Stadtrat, ist mir jetzt egal, also zu mir ins Büro schicken und dann verteilen wir das, dass das rechtzeitig bei Frau Foerster auch ankommt und die Sachen bearbeitet werden können. Das heißt wir sehen uns zu dem Tagesordnungspunkt im September dann wieder.

Ich höre Herrn Feigl jetzt nicht mehr.

Herr Feigl

Oh, da muss ich das Mikrofon einschalten. Das muss jetzt noch formal abstimmen lassen, den Vertagungsantrag. Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler
Zustimmung.

Herr Feigl
Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach
Ja.

Herr Feigl
Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek
Ja.

Herr Feigl
Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt
Ja.

Herr Feigl
Herr Schied.

Herr Schied
Ja.

Herr Feigl
Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt
Ja.

Herr Feigl
Frau Winkler.

Frau Winkler
Ja.

Herr Feigl
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf
Ja.

Herr Feigl
Herr Ernst.

Herr Dr. Ernst
Ja.

Herr Feigl
Frau Mark.

Frau Mark

Ja.

Herr Feigl

Und ich stimme auch zu und dann haben wir das vertagt.

**zu 4.8 Straßenausbau des Hallorenrings zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt
(Salzgrafenstraße) - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2021/02439**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Vorzugsvariante der Vorplanung als Grundlage für die weitere Planung zum Ausbau des Hallorenrings zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt (Salzgrafenstraße).

**zu 4.9 Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des
Gewerbegebietes Ammendorf/Radewell – Grundsatzbeschluss
Vorlage: VII/2021/02539**

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein und bat um Zustimmung.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Streckenbach begrüßte die Beschlussvorlage und die vorgestellte Variante drei, auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeitsprüfung.

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, ob es für die Kleingartenanlage eine Lösung gibt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass er bereits letztes Jahr mit dem Vorstand der Kleingartenanlage gesprochen hat und sie im engen Kontakt stehen. Er signalisiert hat, dass, sollte die Fläche tatsächlich benötigt werden, ein entsprechender, nah räumlich Ersatzstandort gesucht wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die namentliche Abstimmung.

**zu 4.9 Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des
Gewerbegebietes Ammendorf/Radewell – Grundsatzbeschluss
Vorlage: VII/2021/02539**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Untersuchung der Variante 3 der Gewerbeerschließungsstraße Ammendorf/Radewell als mögliche Alternative zu den Varianten 1, 2 und 0 wird zugestimmt.

Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung beauftragt, eine Planung zur Linienuntersuchung unter Berücksichtigung der GRW-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) für den Bereich zwischen der Chemiestraße und der Äußeren Radeweller Straße einschließlich der notwendigen Umweltuntersuchungen auszulösen.

- zu 4.10 **2. Änderungssatzung zur "Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm" vom 26.02.2014**
Vorlage: VII/2021/02551

Abstimmungsergebnis:

Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm“.

- zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

-
- zu 5.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradbügeln in Kreuzungsbereichen**
Vorlage: VII/2021/02649

Frau Dr. Kreutzfeldt führte in den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ein und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass hier der übertragene Wirkungskreis betroffen ist, da Sperrflächen entsprechend angeordnet werden müssen. Er wies darauf hin, dass der Antrag im Hauptausschuss besprochen wird und der Antrag von der Verwaltung abgelehnt wird.

Herr Feigl merkte an, dass der Antrag vertagt wird und eventuell in eine Anregung umgewandelt wird.

Frau Winkler sagte, dass die Fahrradbügel im Paulusviertel viel genutzt werden und für sehr sinnvoll empfindet.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Stellungnahme der Verwaltung sich nicht auf den Inhalt des Antrages bezieht, sondern eine rechtliche Bewertung ist, da der übertragene Wirkungskreis betroffen ist.

Herr Feigl vertagt, als Antragssteller, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

- zu 5.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradbügeln in Kreuzungsbereichen**
Vorlage: VII/2021/02649

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Ab dem Jahr 2022 werden jährlich mindestens vier geeignete Kreuzungsbereiche an Straßen im Stadtgebiet so mit Fahrradbügeln umgebaut, dass verkehrswidriges Parken von Kfz eingeschränkt werden kann. Die Stadtverwaltung erstellt dafür bis Oktober 2021 eine entsprechende Maßnahmenplanung bis zum Jahr 2025 mit Vorschlägen für konkret umzugestaltende Kreuzungsbereiche unter Beachtung der Schleppkurven von Müll- und Feuerwehrfahrzeugen sowie des Lieferverkehrs, die dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

zu 5.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung eines Motoball-Trainingsgeländes
Vorlage: VII/2021/02647

Abstimmungsergebnis:

Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Erhalt der Sportart Motoball und lehnt alle Versuche die Sportart zu diskreditieren und die Sportfreunde des Motoball aus Halle zu verdrängen, ab.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, aus welchen Leistungen oder Produkten im Haushaltsplan, ggf. dieses Jahr nicht mehr beanspruchte Mittel umgeschichtet werden können, um die Errichtung eines Trainingsplatzes auf der gepachteten Sportanlage Schieferstraße für den Verein 1. Motoballclub 70/90 Halle e.V. zu realisieren.

zu 5.3 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten
Vorlage: VII/2021/02778

Frau Mark führte in den Antrag der FDP-Fraktion ein und bat um Zustimmung.

Herr Scholtyssek merkte an, dass der Antrag überflüssig ist, da die CDU-Fraktion diesbezüglich auch schon einen Antrag gestellt hat. Er sagte, dass ein Gesamtkonzept, eine Ausschreibung als Sondernutzung und eine Festlegung der Standorte gewünscht ist. Er warb für den CDU-Antrag.

Herr Feigl schlug vor einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

Frau Mark merkte an, dass das Ziel das gleiche ist, aber der Weg dahin ein anderer. Sie sagte, dass sich der FDP-Antrag nicht nur auf einen Anbieter beschränkt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die namentliche Abstimmung.

zu 5.3 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten
Vorlage: VII/2021/02778

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, explizite Stellflächen für ein E-Scooter Kontingent an Knotenpunkten in der Stadt auszuweisen und diese dann im Rahmen einer Sondernutzungserlaubnis an die Anbieter zu vermieten.

Diese Knotenpunkte sind:

Steintor, Marktplatz, Hallmarkt, Neustadt Zentrum, August-Bebel-Platz, Riebeckplatz, Joliot-Curie-Platz, Leipziger Straße, Riveufer, S-Bahnhof Silberhöhe.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses VII/2020/00937 Vorlage: VII/2021/02771

Herr Rebenstorf antwortete, dass eine Beantwortung im Oktober vorgelegt wird.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Strukturkonzept "Frohe Zukunft"

Herr Rebenstorf informierte zum Strukturkonzept „Frohe Zukunft“.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

zu 7.2 Reduzierung der GRW-Fördergebietskulisse in Halle (Saale) für die Periode 2022 bis 2027

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Dr. Ernst zum Sportkomplex am Osendorfer See

Herr Dr. Ernst sagte zum Sportkomplex Osendorfer See, dass die Stabilisierung des Seehangs und die Wiederherstellung der Kanuwettkampfstrecke erfolgen sollte und dass diesbezüglich eine Beschlussvorlage vorgelegt wird. Er fragte, wann diese erfolgt.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Feigl** die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Datum: 09.09.21

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Vanessa Gaebel
stellvertretende Protokollführerin